

7. Das Framing der Atomkraft nach „Fukushima“

7.1. Veränderungen in verschiedenen Feldern nach 2011

Wie haben sich die Frames der Atomkraftgegner und -befürworter durch den Atomunfall von Fukushima verändert? In diesem Kapitel untersuche ich das Framing der in Kapitel 3 und 4 vorgestellten Akteure und ihre Interpretationen des Atomunfalls. Vorher gehe ich kurz auf Veränderungen im politischen Feld und in anderen Bereichen ein, die sich vor und nach dem Atomunfall ergeben haben.

Politisches Feld

Zwei Jahre vor dem Atomunfall war die Demokratische Partei Japans (DPJ) mit dem Versprechen an die Macht gekommen, das Regierungssystem, das auf institutionalisierter Kooperation zwischen der Langzeit-Regierungspartei LDP, der Bürokratie und der Wirtschaft beruhte, zu reformieren. Sie wollte die Führung der Politik gegenüber der mächtigen Ministerialbürokratie durchsetzen. Die DPJ hatte sich gegen Ende der 1990er Jahre aus Splittergruppen der LDP und der alten sozialistischen Parteien JSP und DSP gebildet. Diese wurden durch die Gewerkschaften unterstützt (die Gewerkschaften der atomkraftkritischen Sōhyō-JSP-Gruppe und der Dōmei-Gruppe, die sich sehr deutlich für die Atomkraft positionierte, hatten sich Ende der 1980er Jahre unter dem Namen Rengō zusammengeschlossen). Die DPJ propagierte einen Wechsel der Politik von „Beton zum Menschen“ (*concrete kara ningen he*), aber sie beschloss gleichzeitig einen Ausbau des Atomprogramms. 2010 wurde vom Wirtschaftsministerium der Bau von neuen Reaktoren in Aussicht gestellt und die Anhebung des Atomanteils an der Stromversorgung auf 50 Prozent anvisiert (AS 2010 a).

Der Premierminister Kan Naoto, der 2011 die Regierung führte, kam zwar aus der JSP-Tradition und hatte eine Geschichte als Bürgerrechtsaktivist, aber vor dem Atomunfall von Fukushima unterstützte er die Pläne zum Ausbau der Atomkraft. Während des Unfalls steigerte sich jedoch sein Misstrauen gegenüber der Atomverwaltung und Industrie mehr und mehr und er wurde zunehmend zum Atomkraftkritiker. Dies stellte die DPJ, die ohnehin schon ein recht fragiles Netz aus diversen politischen Anhänger-

schaften war (vgl. Shinoda 2010), vor eine Zerreißprobe. Die konservativen Gewerkschaften der Stromversorger und Kraftwerksproduzenten riefen dazu auf, DPJ-Kandidaten bei den Wahlen durchfallen zu lassen. Kan sah sich zwar mit einer nach dem Atomunfall atomkraftkritisch gewordenen öffentlichen Meinung, aber gleichzeitig mit einer starken pronuklearen Gruppe innerhalb der eigenen Partei konfrontiert.

Es formierte sich eine parteiübergreifende Abgeordnetengruppe gegen Atomkraft (Gruppe für Null Atomkraft; Genpatsu Zero no Kai 2012), in der neben Abgeordneten aus DPJ, KPJ und JSP auch einige Abgeordnete der LDP und Kōmeitō vertreten waren. Politisch war besonders die atomkraftkritische Gruppe um Kan Naoto wirksam. Der Plan des Wirtschaftsministeriums, die Atomkraft auf über 50 Prozent der gesamten Stromversorgung auszubauen, wurde eingefroren. Im Mai 2011 wurde ein besonders erdbebengefährdetes Kraftwerk in Hamaoka auf Anweisung Kans (und gegen den Willen des Wirtschaftsministeriums und des Betreibers Chūbu Electric Power Company) heruntergefahren. Mit Unterstützung des bekannten Unternehmers Son Masayoshi wurde ein Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien beschlossen. Son schuf eine Kontaktgruppe mit 35 Präfekturen, die für den Ausbau erneuerbarer Energien Lobbyarbeit betreiben, und beauftragte den Atomkraftkritiker Iida Tetsunari mit der Führung einer Stiftung für die Verbreitung erneuerbarer Energien (REI 2011).

Kan erklärte, er wolle eine Gesellschaft aufbauen, die auch ohne Atomkraft funktioniere. Nach Kritik aus den eigenen Reihen musste er seine Äußerung aber als persönliche Stellungnahme relativieren (AS 2011 b). Er wurde schließlich durch Gegner innerhalb der DPJ und durch hartnäckigen Widerstand der LDP (die damals in der Opposition war, aber über eine Mehrheit im Oberhaus verfügte) zum Rücktritt gezwungen (August 2011). Sein Nachfolger Noda Yoshihiko (ebenfalls von der DPJ) richtete eine Konferenz zur Ausarbeitung einer langfristigen Energiestrategie (CAS 2011) ein, in deren Rahmen mehrere Bürgerdiskussionen durchgeführt wurden. Es wurden drei Szenarien präsentiert (langfristig 20 bis 25 Prozent Atomkraft, 15 Prozent Atomkraft, Ausstieg). Die Regierung Noda favorisierte wohl die mittlere Option, aber über 90 Prozent der Befragten sprachen sich langfristig für den Ausstieg aus (AS 2012 c). Hier zeigte sich der tiefgreifende Einfluss, den der Atomunfall auf die Wahrnehmung in der Bevölkerung hatte. Nodas Regierung beschloss, bevor sie Ende 2012 abge-

wählt wurde, an Plänen zu arbeiten, um bis 2030 aus der Atomenergie auszustiegen (AS 2012 a)¹⁷¹.

Im Dezember 2012 wurde die LDP wiedergewählt und Schlüsselfiguren der Atomindustrie kamen zurück an die Regierung¹⁷². Die Regierung unter Abe Shinzō legte sich zwar nicht auf den Bau neuer Reaktoren fest, aber Kritiker, die in der DPJ-Regierungszeit in Beratungsgremien der Regierung aufgenommen worden waren, wurden wieder ausgeschlossen. Atomkraft wurde wieder als wichtige Stütze der Energieversorgung eingestuft. Zwar wurde 2014 im neuen Energieplan der Regierung festgelegt, dass der Anteil der Atomkraft möglichst reduziert werden solle, aber eine öffentliche Diskussion wurde vermieden (AS 2014 c). Die Strategie der neuen Regierung könnte man als „Aussitzen der Atomskepsis“ beschreiben. Die Voraussetzungen dafür in der politischen Arena waren nicht schlecht, weil die DPJ als parlamentarische Kraft seit der Unterhauswahl 2012 auf einen Bruchteil ihrer Stimmen dezimiert wurde und kaum Aussicht auf ein Comeback in stärkerer Größenordnung hatte¹⁷³. In der politischen Arena hat sich also nach dem Atomunfall von Fukushima einiges geändert, aber der Trend ging eher zu einem Machterhalt des „nuklearen Dorfes“¹⁷⁴.

Soziale Bewegungen

Neben den Verwerfungen in der DPJ waren die größten Umwälzungen nach dem Atomunfall in der Zivilgesellschaft zu sehen. Die Anti-Atomwaffenbewegung und die KPJ machten Atomkraft zu einem wichtigen Thema. Die KPJ forderte seit dem Atomunfall die sofortige Stilllegung aller Reak-

171 Wobei diese Pläne von Kritikern als unkonkret kritisiert wurden.

172 Der „besondere Minister für Wirtschaft und Finanzen“ unter Premierminister Abe Shinzō, Amari Akira, z.B. hatte enge Verbindungen zu den Stromversorgern (Business Journal 2016).

173 2016 fusionierte die DPJ, die nach dem Atomunfall von Fukushima kaum über 10 Prozent der Wählerstimmen kam, mit der vom ehemaligen Gouverneur von Osaka gegründeten Partei Ishin no Kai.

174 Auf der lokalen Ebene gab es wiederholte Versuche von Kandidaten mit einer Anti-Atomkraft-Politik anzutreten, von denen einige erfolgreich waren. In den meisten Atomkraftstandorten blieben aber die pronuklearen Politiker an der Macht.

toren. Es formierten sich neue Umweltgruppen¹⁷⁵ und bestehende Umweltorganisationen wie WWF machten Atomkraft zu einem ihrer Kampagnenthemen (WWF hatte bis 2011 keine Aktionen gegen Atomkraft durchgeführt, Interview mit Ishihara Akiko, WWF Japan, Cassegard 2017).

Der Atomunfall hat einen großen Teil des Marketings der Atomindustrie zunichte gemacht. Eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Gruppen hat 2011 und 2012 die größten landesweiten Demonstrationen seit Jahrzehnten organisiert (Aldrich 2013, Ogawa 2013). Landesweit sind zahlreiche Graswurzelgruppen entstanden, die gegen die Atomkraft protestieren. Die verschiedenen politischen Gruppen, die gegen Atomkraft eintreten, haben sich in Tokyo unter der Schirmorganisation der Metropolitan Coalition against Nukes (MCAN; Shutoken Hangenpatsu Rengō; vgl. MCAN 2016) zusammengeschlossen. Besonders die Frage der Lebensmittelsicherheit hat viele Menschen mobilisiert.

Kritische Wissenschaftler wie Koide Hiroaki von der Universität Kyoto wurden nach dem Unfall über das Internet zu bekannten Ikonen der Atomkraftgegner. Pronukleare Wissenschaftler klagten über Diskriminierung und einen tiefgehenden Vertrauensverlust (Ōno 2015). Der größte Stromkonzern TEPCO wurde durch den Atomunfall finanziell ruiniert und musste mit Staatshilfe gerettet werden.

Verwaltung und Justiz, Journalismus

Unter der DPJ wurde nach dem Atomunfall außerdem die Atomkraftverwaltung reformiert und ein Amt für Wiederaufbau (Fukkōchō) mit einem Budget von knapp 20 Milliarden Euro (2015; Fukkōchō 2016) aufgebaut. Die alte Nuclear Industry Safety Authority (NISA), die dem Wirtschaftsministerium unterstanden hatte, wurde aufgelöst und stattdessen eine neue Nuclear Regulation Authority (NRA; Genshiryoku Kisei I'inkai) geschaffen. Diese wurde als Außenstelle des Umweltministeriums aufgebaut, um Unabhängigkeit vom Wirtschaftsministerium zu gewährleisten. Bei dieser Maßnahme kooperierten die DPJ, die LDP sowie die Kōmeitō (AS 2012 d). Premierminister Noda sprach sich zwar für den Atomausstieg aus, reagierte aber auf Forderungen der Wirtschaftsverbände und der in Kapitel 4 vorgestellten pronuklearen Akteure nach schneller Wiederinbetriebnahme der

175 Es gab Versuche mit den „Grünen Japan“ eine ökologische Partei zu etablieren (Interview mit Hasegawa Uiko), die bei Parlamentswahlen jedoch wenig erfolgreich war.

Kraftwerke (AS 2012 b). Als Reaktion fanden große Anti-Atomkraftdemonstrationen während Nodas Regierungszeit (im Sommer 2012) statt, als die ersten Atomreaktoren wieder hochgefahren werden sollten, nachdem sie für planmäßige Sicherheitsprüfungen gestoppt worden waren.

Die in Kapitel 3 und 4 dargestellten Akteure des „nuklearen Dorfes“ blieben auch nach 2011 einflussreich. Atomkraftgegner sind im Parlament (vor allem in KPJ und DPJ bzw. deren Nachfolgeparteien) vertreten, aber haben kaum Aussicht auf eine Regierungsmehrheit. Die wichtigsten Veränderungen wurden unter der DPJ-Regierung eingeleitet oder fanden außerhalb der unmittelbaren politischen Arena in der Verwaltung statt.

In Hinblick auf die in Kapitel 4 vorgestellten PR-Aktivitäten der Atomindustrie sind die Reformierung des Strompreissystems und die Liberalisierung des Strommarktes wichtige Neuerungen. Der Atomunfall hauchte der in den 1990er Jahren begonnenen Liberalisierung des Strommarktes, der durch die Lobbyarbeit der Stromunternehmen gestoppt worden war, neues Leben ein. Im Wirtschaftsministerium setzten sich die Befürworter von Liberalisierung und Trennung von Netz und Stromerzeugung durch (vorher vereinten die Lokalmonopolisten wie TEPCO beide Teile des Stromerzeugungsprozesses). Seit 2016 können die japanischen Verbraucher ihren Stromanbieter frei wählen. Bis ca. 2020 sollen Stromnetz und Stromerzeugung getrennt werden. Die Werbekosten für Atomkraft können seit 2012 von den Stromerzeugern nicht mehr komplett als Forschungs- und Entwicklungskosten auf den Strompreis aufgeschlagen werden (Komori 2012f). Der Bankrott von TEPCO bedeutete auch für das journalistische Feld einen Einschnitt. Laut Komori sind die Werbeausgaben der Stromversorger 2011 auf ungefähr die Hälfte des Vorjahres gefallen (Komori 2011). Auch wurden die Werbeanzeigen für Atomkraft in weiten Teilen der Zeitungsbranche diskreditiert. Seit 2011 nehmen die meisten Zeitungen keine Werbeanzeigen der Atomwirtschaft mehr an (Honma 2015, Interview mit Satō Osamu; auf die relativ tiefgreifenden Veränderungen im journalistischen Feld seit 2011 gehe ich genauer in den Kapiteln 8-11 ein).

Trotzdem zeigt sich das „nukleare Dorf“ erstaunlich widerstandsfähig. In den zwei Jahren nach dem Unfall haben das Erziehungsministerium und das Wirtschaftsministerium zusammen knapp 19 Millionen Euro für Atomkraftwerbung ausgegeben (AS 2013 a). Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich die staatlichen Werbeausgaben damit ungefähr halbiert. Die Ausgaben der Stromerzeuger werden nun nicht mehr als Bau- und Entwicklungskosten abgerechnet (diese Praxis wurde durch einen Beschluss des Wirtschaftsministeriums geändert). In Kapitel 4 haben wir gesehen, dass bei manchen der pronuklearen NPOs das Budget in den ersten

Jahren nach dem Unfall geschrumpft ist. Einige besonders groteske Aktivitäten wie die Durchführung von einem pronuklearen Puppentheater für Kinder (Sugimori 2013) finden nur noch auf der lokalen Ebene statt. Andererseits sind die staatlichen Hilfen für viele der Gruppen nach einer kurzen Phase der Kürzungen wieder auf das ursprüngliche Niveau gestiegen (Kapitel 4).

Dass die pronuklearen NPOs ihre Aktivitäten fortsetzen, spricht für einen relativ hohen Grad an Immunität des „nuklearen Dorfes“ gegenüber gesellschaftlicher Kritik. Sogenannte „PR-Hallen“, die an jedem Kraftwerksstandort stehen und in denen die Atomkraft vermarktet wird, werden weiterhin aus dem Strompreis bezahlt. Auch die staatliche Auftragsvergabe an pronukleare NPOs wird weitergeführt. Der Gesamtverband der Stromversorger (Denjiren) führt ebenfalls seine Unterstützung von NPOs und anderen Werbemaßnahmen fort. Der Grund für diese fortgesetzten Werbemaßnahmen trotz negativer öffentlicher Meinung und auch scharfer Kritik in den Medien dürfte vor allem darin liegen, dass die entsprechenden Teile des Budgets nicht im Parlament verhandelt werden und sich deshalb demokratischer Kontrolle entziehen. Sie können von der Bürokratie einfach weiter verwaltet werden, hinzu kommt, dass mit der Dezimierung der DPJ die Chancen auf einen Regierungswechsel rapide abgenommen haben.

Die größten Veränderungen fanden unter der DPJ-Regierung (Restrukturierung der Atomverwaltung, Erneuerbare-Energien-Gesetz, Liberalisierung des Strommarktes) sowie auf lokaler Ebene statt. So wird seit 2011 ein erbitterter Kampf um die Inbetriebnahme jedes einzelnen Reaktors geführt. Seit den 1990er Jahren haben die Präfekturen und Gemeinden relativ großes (informelles) Mitspracherecht bei der Inbetriebnahme der Reaktoren (Yoshioka 2011). Der Atomunfall von Fukushima hat durch seine Folgen, die sich über weite Regionen erstrecken, den Kreis der potentiell Geschädigten erweitert. Das Misstrauen der Anwohner gegenüber der Erdbeben- und Tsunami-Sicherheit der Anlagen ist gestiegen. Die neue Behörde kommt mit der Prüfung der Betriebserlaubnisse der Anlagen nur langsam voran. Dies hat zu einem langjährigen Stillstand vieler Kraftwerke geführt (Weiß 2013)¹⁷⁶. Hinzukommt, dass die neue Regulierungsbehörde und auch die Gerichte sehr viel stärker bei Fragen der Sicherheit eingreifen

176 2016 wurden die ersten Anlagen nach mehrjährigem Stillstand wieder in Betrieb genommen. Die Atomkraftbefürworter sind allerdings sehr unzufrieden mit dem Fortschritt (Interview mit Iwanaga Mikio, Beamter der Präfektur Fukuji).

als früher. So wurden einige Reaktoren wegen Erdbebengefährdung vorläufig gestoppt (AS 2016).

7.2. Veränderungen der pronuklearen Frames

Im weiteren Verlauf dieses Kapitels werde ich anhand von Beiträgen der in den vorigen Kapiteln vorgestellten Akteure prüfen, wie sich das Framing der Atomkraft nach dem Atomunfall von Fukushima verändert hat.

„Fortschrittsframe“

Der „Fortschrittsframe“ hat zwar seit den 1980er Jahren an Prestige und Prominenz verloren (siehe auch Kapitel 8), aber dennoch blieb der gesellschaftliche und technologische Fortschritt ein wichtiges Argument für die Atomkraft. Durch den Atomunfall von Fukushima hat die Assoziation von Atomkraft mit Fortschritt in Japan einen schweren Schlag erhalten. Der Unfall von Fukushima 2011 hat den Fokus der Entwicklung auf andere Themenbereiche verschoben. Fortschritt wird seitdem stärker in der Reinigung von verseuchten Gebieten (*josen*) und z.B. der Entwicklung von Robotertechnologie für unbemannte Arbeiten in stark strahlenbelasteten Bereichen gesehen. Das zentrale Schlagwort in diesem Zusammenhang nach dem Atomunfall von Fukushima ist Wiederaufbau (*fukkō*). So wird z.B. darüber diskutiert, die Präfektur Fukushima zu einem Stützpunkt der Medizintechnologie auszubauen (Nikkan Kōgyō Shinbun 2016).

Für die Befürworter der Atomkraft ist es wichtig zu zeigen, dass die Schäden durch Verstrahlung nicht gravierend sind. So berichtet eine Repräsentantin der „pronuklearen Zivilgesellschaft“ auf dem ETT-Blog über ihre Besichtigung der Aufräumarbeiten am havarierten Kraftwerk:

„Ein Block wurde errichtet, damit das verschmutzte Wasser nicht austritt. Um die Reaktoren gegen Regenwasser abzuschirmen, wurden die Löcher mit Mörtel gestopft. Die Entfernung des verstrahlten Wassers geht planmäßig voran (...). Die japanische Technologie, der Fleiß der Japaner sind wunderbar. Dieses Jahr haben auch die Neueinstellungen zugenommen. (...) Aus dem Loch im Deich blühte eine Nachtkerze und aus den Trümmern kamen Disteln hervor“ (Ashino 2016).



Abbildung 39: Das Bild zeigt Szenarien, die das Amt für Wiederaufbau (Fukkōchō) unter dem Projekttitel „Fukushima Innovation Coast“ plant. Links oben ein „Internationales Zentrum für Forschung zum Reaktorabbau“, rechts oben ein „Zentrum zur Entwicklung von Fernsteuerungstechnik“, links unten geplante Windparks vor der Küste von Fukushima, rechts unten ein Roboter-Testfeld (Quelle: http://www.reconstruction.go.jp/topics/main-cat1/20170427_huhyou-higai-hussoku_J.pdf).

Immer noch lässt sich der Fokus auf die „Arbeiter vor Ort“ (*genba*) feststellen. Zum ultimativen Symbol dieser als tapfer und unermüdlich porträtieren Arbeiter wurde Yoshida Masao, der Kraftwerksleiter des Kraftwerks Fukushima I zum Zeitpunkt des Unglücks. Der freie Journalist Kadota Ryūsho, der den Stromversorgern nahe steht¹⁷⁷, brachte eine Reportage

177 Kadotas Name tauchte in einer Liste von Medienpersönlichkeiten auf, die während des Atomunfalls auf einer von TEPCO subventionierten Reise in Peking unterwegs waren (vgl. Nakano 2013).

mit dem Titel „Der Mann, der in den Abgrund des Todes blickte“ heraus. In dem Buch entwirft er ein Bild von Yoshida als dem absoluten Helden, der mit seinem tapferen Einsatz den Atomunfall stoppte:

„Ich habe seine Untergebenen während der Recherche gefragt, wie es wohl ausgegangen wäre, wenn Yoshida zum Zeitpunkt des Unfalls nicht der Leiter des Kraftwerks gewesen wäre. (...) Japan wäre am Ende gewesen‘ (...). Trotz der Befehle aus dem Amt des Premierministers, die Einspritzung von Meerwasser zu stoppen, setzte Yoshida die Kühlung mit Meerwasser mutig fort. Er vergaß seine Mission, die Kühlung des Reaktors, nicht“ (Kadota 2013 b).

Wichtig ist hier für die Aufrechterhaltung des „Fortschrittsframes“, dass die Atomkatastrophe auch durch Menschenhand kontrollierbar ist. Wie oben geht das „Fortschrittsframing“ häufig mit nationalistischen Äußerungen einher. Premierminister Kan taucht in der Rolle des Bösewichts auf (siehe unten).

„Erziehungsframe“

Nach dem Atomunfall von Fukushima hat der „Erziehungsframe“ unter dem Stichwort „schädliche Gerüchte“ (*fuhyō higai*) eine Renaissance erfahren. Die Regierung beauftragte Werbeagenturen mit Marketing-Kampagnen, um für die Sicherheit von Nahrungsmitteln zu werben. Besonders die Skepsis gegenüber Lebensmitteln aus Fukushima wird in diesen Kampagnen als unbegründet bewertet. Deshalb werden Maßnahmen verlangt, um das „Verständnis der Bevölkerung herzustellen“. In einem Prospekt des Radiation Education Forum heißt es:

„Die Kinder Strahlung richtig verstehen lassen, (...) ihnen die Lebensfähigkeit in einer Umgebung mit leicht erhöhter Strahlung geben (...). Wir wollen eine Umwelt herstellen, in der Vorurteile, Diskriminierung und schädliche Gerüchte, die von einem mangelnden Wissen über Strahlung herrühren, keine Chance haben“ (REF 2013: 47).

Die Medien sind nach dem Atomunfall von Fukushima aus der Sicht der Befürworter der Atomkraft verantwortlich für eine verzerrtes Bild der Atomkraft. Der Leiter einer pronuklearen NPO kritisiert:

„(Die Mehrzahl der Leute) verlangt nicht so hysterisch den sofortigen Stopp aller Reaktoren, wie in den Medien häufig dargestellt. (...) Es sind nicht nur Leute, die in ein massenmediales Entweder-oder verfallen und aufhören nachzudenken. Weil die Medien das Energieproblem mit der politischen Si-

tuation verquicken, sieht man den wahren Willen der Bürger nicht mehr“ (Sawa 2011).



Abbildung 40: Illustration „Stop!! Rumors“: „Lasst uns das richtige Wissen erlernen“, „Lasst euch nicht von falschen Gerüchten über Strahlung in die Irre führen! Beschützt euch selbst, eure Kinder und die Menschen aus Fukushima mit dem richtigen Wissen“ (<http://temutemu2.blog38.fc2.com/blog-entry-7.html>).

Die Diskussion über Strahlung und Grenzwerte ist mit der Kontaminierung ganzer Landstriche zu einem sehr viel konkreteren und wichtigeren Streitthema geworden. Damit hängt eine ganze Reihe von Fragen zusammen:

- Ob die evakuierten Flüchtlinge aus Fukushima (besonders Kinder) zurückkehren sollten;
- ob die Kinder in den Schulen in Fukushima in den Schulkantinen lokale Produkte essen sollten;
- bis wie viel Millisievert Erdschichten der verstrahlten Gebiete dekontaminiert werden sollen;
- die Frage nach Höhe und Reichweite von Entschädigungszahlungen.

„Strahlenerziehung“ wird von Atomkraftbefürwortern als eine Maßnahme betrachtet, die helfen kann, die richtigen Antworten auf diese Fragen zu geben. Neben der „Strahlenerziehung“ sehen die Atomkraftbefürworter es ebenfalls als ihre Aufgabe, verschiedene Beispiele ihrer Ansicht nach zu positiver Berichterstattung über erneuerbare Energien zu „entzaubern“:

Die deutsche Energiewende, die von den Atomkraftgegnern oft als Beispiel eines erfolgreichen Ausstiegs aus der Atomkraft angeführt wird, ist hier ein wichtiges Thema. Eine freie Autorin, die in Deutschland lebt, wurde nach dem Atomunfall zu einer beliebten Kommentatorin in Zeitschriften wie „Atomkraftkultur“ (herausgegeben von JAERO). Auf der Homepage der Japanischen Energiekonferenz, als deren Mitinitiatorin sie aufgezählt wird (Kawauchi-Mahn 2017), berichtet sie von den *„zahlreichen Problemen, welche die Energiewende im Alltag der deutschen Bevölkerung mit sich bringt“*:

„Seit den 1980er Jahren verschlang die Anti-Atomkraftbewegung nach und nach das ganze Land und irgendwie wurde der Ausstieg zum Wunsch der Bevölkerung. So hat Deutschland den Ausstieg beschlossen, aber die Realisierung beginnt das Land vor allerlei nationale Krisen zu stellen (...). Die Japaner haben viele falsche Ideen über Deutschland. Ein richtiges Verständnis der deutschen Situation hilft, die japanische Energiepolitik zu durchdenken“ (Kawauchi-Mahn 2017).

Auch der Unternehmer Son Masayoshi, Chef des Mobiltelefonanbieters Softbank, der nach dem Atomunfall ein Projekt zum Bau großer Solaranlagen begann, wird von den Atomkraftbefürwortern kritisiert:

„Die Softbank-Gruppe hat das Subventionssystem (für erneuerbare Energien) benutzt und in großem Maße am Geschäft für erneuerbare Energien teilgenommen. (...) Son hat einen ehemaligen Abgeordneten benutzt, um politischen Einfluss auszuüben. Deshalb muss er es sich gefallen lassen als politischer Geschäftemacher (seishō) kritisiert zu werden (...). Die Experten werden ausgegrenzt und, statt rationale Entscheidungen zu treffen, werden populistische Maßnahmen getroffen (Ishii 2017).

„Energiesicherheitsframe“

Nach dem Atomunfall von Fukushima hat dieser Frame bei den Atomkraftbefürwortern eher noch an Einfluss gewonnen, weil der „Fortschrittsframe“ an Glanz verloren hat. Die Frage der Wiederinbetriebnahme von stillstehenden Reaktoren wird vor dem Hintergrund von Energieknappheit diskutiert. Die Befürworter argumentieren, ein längerer Stillstand von Reaktoren könne zu schmerzhaften Stromausfällen und Einbußen der Lebensqualität führen. In technologischer Hinsicht wird vor einer Aushöhlung und einer Abwanderung von Talenten ins Ausland gewarnt, sollte die Atomkraft keine Zukunftsperspektiven mehr bieten. Auch wurde nach dem Unfall von Fukushima kritisiert, dass Japan keine eigenen Roboter

zur Arbeit im havarierten Kraftwerk entwickelt hatte und nun auf ausländische Technologie angewiesen war (siehe unten). Ein ehemaliger Werbemanager und Wirtschaftsjournalist der Yomiuri-Shinbun argumentiert auf der ETT-Homepage:

„Auch nach diesem großen Unfall glaube ich weiter an die Notwendigkeit der Atomkraft. Auch wenn man die Kosten für den Unfall mit einrechnet, bleibt die Atomkraft günstiger als andere Energieformen. Wir müssen die Kraftwerke (...) wieder anfahren. Sonst wird Japan bei den Verhandlungen über Flüssiggasimportpreise über den Tisch gezogen und die Strompreise müssen erhöht werden. Dies wird die Flucht von Unternehmen ins Ausland beschleunigen und besonders die Jobchancen der jungen Menschen zunichte machen“ (Matsuda 2014).

Ein weiteres umkämpftes Themenfeld ist die Liberalisierung des Strommarktes. Nach dem Atomunfall 2011 wurde der Ruf nach freiem Zugang zum Markt für Wettbewerber der Strommonopolisten lauter. Eine Liberalisierung in mehreren Schritten wurde beschlossen. Wie schon während der ersten Liberalisierungsdebatte zu Beginn der 2000er Jahre argumentieren die Atomkraftbefürworter gegen die Liberalisierung, dass Strom kein normales Produkt sei. Eine Sprecherin des International Environment and Economy Institute (einer der pronuklearen NPOs) argumentiert, dass durch das feste Strompreissystem finanzschwächere Verbraucher geringere Preise bezahlt hätten. Auch sei durch das Preissystem Energiesparen belohnt worden. Durch eine Liberalisierung würden diese Vorteile zunichte gemacht (Takeuchi 2015). Gleichzeitig argumentiert sie, dass eine Liberalisierung die langfristige Stromversorgung gefährden würde:

„In Japan stehen zurzeit alle Reaktoren still. Jeden Sommer gibt es eine Diskussion, ob der Strom reicht oder nicht. Ich fürchte, eine Liberalisierung zum jetzigen Zeitpunkt würde mehr Schaden als Nutzen. Die Strompreise würden möglicherweise sinken, aber wenn die Kapazitäten weiter abnehmen, dann reicht mittel- und langfristig der Strom nicht mehr“ (Takeuchi 2015).



Abbildung 41: Werbeplakat von Kansai Electric Power. In der Überschrift steht „sichere Stromversorgung“ (http://www.kepc.co.jp/energy_supply/supply/).

„Wirtschaftlichkeitsframe“

Nach dem Atomunfall von Fukushima 2011 hat der Frame sich dahingehend verändert, dass Kostenargumente oft mit der Notwendigkeit, die Reaktoren wieder in Betrieb zu nehmen, in Verbindung gebracht werden. Häufig wird mit Verlusten der Energieversorger und der Leistungsbilanz argumentiert. Die japanische Leistungsbilanz (die Summe der Werte exportierter Leistungen gegenüber der Summe der Werte importierter Leistungen) war, nachdem alle Reaktoren wegen der Sicherheitsprüfungen unter der neuen Verwaltung für ca. zwei Jahre stillstanden, ins Negative gerutscht. So warnt z.B. die Vorsitzende der „Frauenenergiegruppe Fukui“ auf der ETT-Homepage:

„Um die Atomkraft zu ersetzen, kaufen die Stromunternehmen Öl, Kohle und Gas aus dem Ausland. Die Kosten liegen jeden Tag bei einer Milliarde Yen (...), ich bete dafür, dass wir so schnell wie möglich die Reaktoren wieder hochfahren können“ (Masano 2015).

Ein „Wirtschaftlichkeitsframing“, das sich eher auf die positiven Aspekte der Atomkraft konzentriert, ist z.B. die Betonung der wirtschaftlichen Chancen durch Dekontaminierungstechnologie. Ein Manager des öffentlichen Unternehmens¹⁷⁸, das nach dem Atomunfall aufgebaut wurde, um die Abwicklung der Reaktoren in Fukushima voranzutreiben, erklärt z.B.:

178 Für die Abwicklung der Folgen des Atomunfalls wurden zwei staatliche Unternehmen gegründet: IRID (International Research Institute for Nuclear Decommissioning: Gijutsu Kenkyū Kumiai Kokusai Hairo Kenkyū Kaihatsu Kikō) und

„Die (für das havarierte Kraftwerk Fukushima) entwickelte Robotertechnologie ist nützlich bei stark beschädigten wie auch bei normalen ausgedienten Reaktoren“ (zitiert in Newsphere 2014).

Ein amerikanischer Techniker wird zitiert, dass diese Roboter auch Kosten sparen helfen können. Es zeigt sich, dass auch die klassischen Kostenargumente von Reaktorexport und Kosteneffizienz bei den Befürwortern der Atomkraft weiter eine Rolle spielen. Einige Kommentatoren argumentieren gegen strenge Forderungen der neuen Kontrollbehörde¹⁷⁹ an die Sicherheit der Atomkraft aus Gründen der Wirtschaftlichkeit:

„Vorerst sollte man (die neuen Sicherheitsmaßnahmen) auf das kleinstmögliche Maß beschränken (...). So wird es auch international gehandhabt. Die Europäer und Nordamerikaner verstärken ebenfalls nach dem Unfall ihre Sicherheitsmaßnahmen, aber kein Land stoppt dafür die Reaktoren“ (zitiert in Newsphere 2014).

Auch an der Liberalisierung äußern die Atomkraft-Befürworter Zweifel in wirtschaftlicher Hinsicht. Der oben zitierte „Atompromi“ argumentiert beispielsweise, dass durch eine Liberalisierung des Strommarktes die Kosten für Verbraucher auch steigen könnten:

„Für uns gibt es zwar einerseits die Möglichkeit, dass die Preise sinken, aber andererseits ist ebenso möglich, dass die Preise steigen“ (Takeuchi 2015).

Auch nach 2011 weisen die Berechnungen des Amtes für Rohstoffe und Energie (ANRE) die Atomkraft als günstigste Form der Stromerzeugung in Japan aus. Von Atomkraftbefürwortern wird deshalb häufig auf Kostenvorteile der Atomkraft gegenüber erneuerbaren Energien verwiesen, so z.B. vom ehemaligen Bürokraten des Wirtschaftsministeriums und Leiter des International Environment and Economy Institute:

„Auch wenn man natürliche Energien entwickeln will, so sind die Voraussetzungen (in Japan) schlecht und die Kosten sind hoch. Dies bedeutet ständige Unsicherheit vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit und Energiesicherheit“ (Sawa 2014 b).

NDF (Nuclear Decommissioning and Compensation Facilitation Corporation; Genshiryoku Songaibaishō Hairo Shien Kikō).

179 Die neue Kontrollbehörde hat sich als strenger erwiesen als ihr Vorgänger.

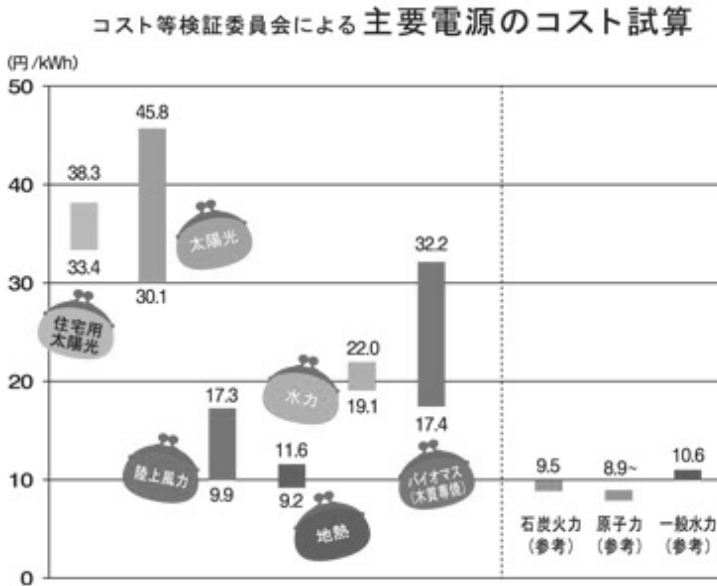


Abbildung 42: Die Kilowattstundenpreise der wichtigsten Stromquellen veröffentlicht vom Amt für Rohstoffe und Energie. Rechts steht die Atomkraft mit 8,9 Yen, links weit oben Solarenergie und andere erneuerbare Energien (http://www.enecho.meti.go.jp/category/saving_and_new/saene/renewable/family/index.html).

„Umweltschutzframe“

Der „Umweltschutzframe“ war vor dem Atomunfall von Fukushima prominent in nahezu allen Publikationen der Atomindustrie zum Thema zu finden. Nach dem Atomunfall kann die Atomkraft zwar nicht mehr so gut wie zuvor als saubere Energie vermarktet werden, dennoch bleibt der Frame besonders in Verbindung mit dem Thema Klimaschutz wichtig. Atomkraftbefürworter kritisieren besonders die deutsche Regierung, weil der deutsche Atomausstieg für sie eine unverantwortliche Maßnahme darstellt. In einem Aufsatz unter dem Titel „Die deutsche Energiepolitik: Ideal oder Zerrbild“ argumentiert eine Sprecherin des International Environment and Economy Institute:

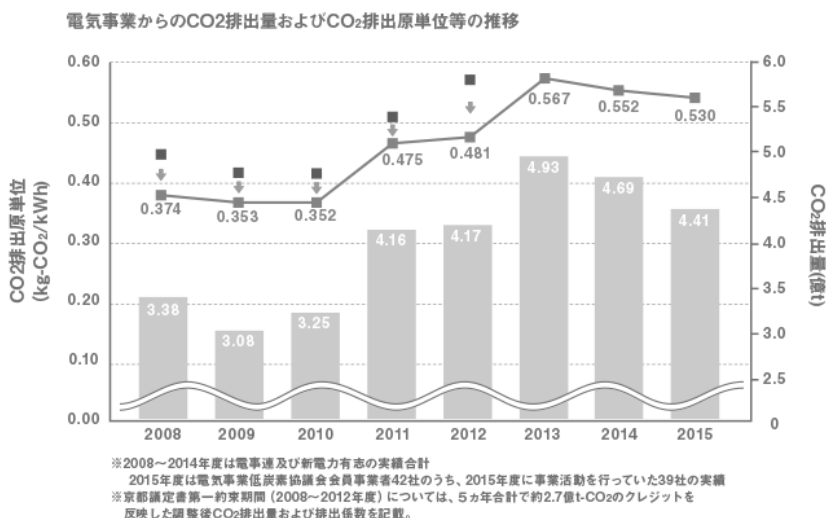
„Wenn man die deutsche Energiepolitik anschaut, wird klar, dass (...) Deutschland im Kern seine Kohleressourcen nutzen will (...). Dies ist äußerst

fragwürdig, wenn man die Klimaziele in Betracht zieht. Es funktioniert nicht nach dem Prinzip von Atomkraft zu Erneuerbaren“ (Takeuchi 2013).

Im Gegensatz zum Negativbeispiel Deutschland wird gefordert, dass Japan an der Atomkraft festhält und damit den Ausstoß von CO₂ verringert. Ein Wissenschaftsjournalist kommentiert auf der ETT-Homepage:

„Mir wurde klar, dass die Atomkraft für Japan notwendig ist und dass das Fördersystem für Atomkraft wieder aufgebaut werden muss. Um die Atomkraft in Japan wieder auf einen sicheren Stand zu bringen, bedarf es einer weitreichenden Verbreitung des Problembewusstseins und eines gemeinsamen Bewusstseins der positiven Effekte der Atomkraft. Ich denke, der Kampf gegen Erderwärmung ist dafür ein wichtiges Thema“ (Nakamura 2014).

CO₂排出量は東日本大震災以降増加しています。



化石燃料の消費量増加により、CO₂排出量は1億トン程度増え、2010年度と比べ1.3倍になっています。

Abbildung 43: Vom Bund der Stromversorger veröffentlichte Grafik. Die Überschrift lautet: „Der CO₂-Ausstoß hat nach dem Großen Ostjapanischen Erdbeben zugenommen“ (Denjiren 2017).

„Regionalentwicklungsframe“

Eine der wichtigsten Diskussionen im Zusammenhang mit der Atomkraft nach 2011 dreht sich um das Verhältnis zwischen Peripherie und Zentrum. Die Präfektur Fukushima, die durch den Atomunfall einen Teil ihres Gebietes quasi verloren hat, steht im Mittelpunkt der Diskussion. Die Atomkraftbefürworter stehen hier vor einem Dilemma. In Fukushima hat die regionale Entwicklung, mit der bei dem Aufbau der Kraftwerke argumentiert wurde, sich durch den Atomunfall ins Gegenteil verkehrt. Um das Versprechen der Regionalentwicklung zu halten, müssen die durch den Unfall kontaminierten und ökonomisch stark geschwächten Gebiete schnellstmöglich wieder aufgebaut und dekontaminiert werden. Im Framing der Atomkraftbefürworter werden lokale Einwohner ebenso wie der Kraftwerksleiter Yoshida meist als Helden dargestellt. Der freie Journalist Kadota berichtet auf seinem Blog von zwei Evakuierten aus Tomioka, dem Ort, wo das havarierte Kraftwerk steht:

*„Für die beiden ist der Wiederaufbau ihrer Gemeinde der einzige Wunsch“
(Kadota 2013 c).*



Abbildung 44: Das Bild zeigt die Frau von Premierminister Abe mit Politikern und lokalen Funktionären beim Reispflanzen in Fukushima (http://www.minpo.jp/pub/topics/jishin2011/2016/05/post_13757.html).

Die Rückkehr von Evakuierten wird zur dringenden Notwendigkeit. Auf der Homepage des International Environmental Energy Research Institute heißt es:

„Alle Atomkraftstandorte sollten von Fukushima lernen und eine gesunde Gesellschaft aufbauen. Nur das ist ein konstruktiver Wiederaufbau nach der Katastrophe“ (Ochi 2016).

Kadota betont in seinem Blog, dass es Arbeiter aus Fukushima waren, die den Atomunfall gestoppt hätten:

„(...) es waren die einfachen Menschen der Küste von Fukushima, die einen todesmutigen Kampf hinlegten. In meinen Interviews waren die meisten von ihnen wortkarg und sagten einfach, ‚Ich habe nur getan, was getan werden musste‘. Aber sie haben für ihre Familien, für ihre Heimat ihr Leben eingesetzt und mit dem außer Kontrolle geratenen Atomkraftwerk gekämpft“ (Kadota 2013 a).

„Wir dürfen nicht vergessen, dass es die Menschen von Fukushima waren, die Japan damals gerettet haben. Aber viele dieser Menschen verheimlichen ihren Arbeitgeber, weil sie verurteilt werden, wenn herauskommt, dass sie bei TEPCO arbeiten. Wenn es TEPCO war, das den Unfall ausgelöst hat, dann waren es die TEPCO-Arbeiter vor Ort (Tōden no genba no hitobito), die den Unfall stoppten“ (Kadota 2012).

Häufig wird nach dem Unfall von Fukushima argumentiert, dass die Atomkraftstandorte auf Atomkraft-Subventionen angewiesen sind und deshalb eine möglichst schnelle Wiederinbetriebnahme der Reaktoren stattfinden sollte. Der Chef der Jugendgruppe der Handelskammer eines Atomkraftstandortes klagte 2014 in einem offenen Brief an den Wirtschaftsminister¹⁸⁰:

„Seit die Energiepolitik unseres Landes undurchsichtig geworden ist, haben unsere Bürger Sorge um die Zukunft der Stadt. Wir sind aktiv beim Aufbau einer hellen, wohlhabenden Gesellschaft (...). Wir sehen das Energieproblem in diesem Jahr als dringende Aufgabe an (...). Die Regierung sollte der Bevölkerung gegenüber klar Verantwortung übernehmen und aktiv die Wiederinbetriebnahme der Reaktoren vorantreiben“ (Shinohara 2014).

180 Der Brief wurde auf der Homepage des International Environment and Economy Institute veröffentlicht.

Diese Einwohner der Atomkraftstandorte wurden aus Sicht der Atomkraftbefürworter vor allem von zwei Problemen geplagt. Einerseits von den Medien, die sie in die Opferrolle drängen wollen und schädliche Gerüchte verbreiten, und andererseits von Premierminister Kan, der ihnen den Atomausstieg aufzwingen wollte. Auf einer vom „nuklearen Dorf“ betriebenen Homepage heißt es in einer Buchvorstellung von Kadotas „Der Mann, der in den Abgrund des Todes blickte“:

„Wenn diese Geschichte eine Soap-Opera gewesen wäre, dann wäre sie mit dem Premierminister als Bösewicht ein großer Hit geworden. (...), dass ein Typ wie ‚Wüte-Kan‘, der inzwischen abserviert ist und bei der Wahl mit krummem Rücken und bleichem Gesicht nichts anderes zu erzählen hat als den Atomausstieg, gerade zur Zeit, als Japan zu versinken drohte, auftauchen konnte und plötzlich die Führung übernehmen konnte, ist an sich ein großes Problem im japanischen Krisenmanagement, über das man reflektieren sollte“ (Japan Energy Conference 2017; zur Kritik an Premierminister Kan siehe oben).

Der Soziologe Kainuma Hiroshi¹⁸¹ sieht die Nutzung des Unfalls von Fukushima als Argument für den Atomausstieg als Ausdruck einer Respektlosigkeit durch Atomkraftgegner (die deutlich stärker in den Großstädten vertreten sind) gegenüber den Landbewohnern:

„Aus Sicht der Großstadt sehen die Probleme in Fukushima nur wie eine politische Debatte aus. Fukushima, das ist Atomkraft, Strahlung; oder Probleme der Dekontaminierung, Entschädigung, Evakuierung. Da wird dann sofort die Regierung kritisiert. Dieses stereotype Bewusstsein, das Fukushima als politische Geschichte erzählt und versucht es zum Herrschaftsobjekt zu machen, wurde zur Grundlage der schädlichen Gerüchte“ (Kainuma und Takeda 2015).

181 Kainuma zählt zwar nicht zum engeren Kreis der Interessengruppe um die Atomkraft, seine Argumente werden aber häufig von ihr aufgegriffen.

7.3. Veränderungen der Frames der Atomkraftgegner

„Accountability-Frame“

Premierminister Kan

Besonders Premierminister Kan Naoto¹⁸² wurde scharf von den Atomkraftbefürwortern (und auch von anderen Kommentatoren) kritisiert. Ich handele die Kritik an Kan hier unter dem atomkraftkritischen „Accountability-Framing“ ab, weil es sich um Zuweisungen von Verantwortung handelt. Für die Inhaltsanalyse in den folgenden Kapiteln habe ich die entsprechenden Elemente aber separat kodiert. Wie unten gezeigt wird, kritisieren zwar auch Atomkraftgegner Kan, aber solche Kritik lässt sich inhaltlich von der Kritik von Seiten des „nuklearen Dorfes“ unterscheiden. In der Inhaltsanalyse in Kapitel 8 bis 11 behandle ich daher die Kritik an Kan als neutrale (weder pronukleare noch antinukleare) Kategorie. Bei diesen Vorwürfen steht eine Kritik an Konflikten im Zentrum, die der Premierminister ausgetragen hat und die für Kritiker aus dem „nuklearen Dorf“ den reibungslosen Ablauf des Krisenmanagements gestört haben. Der politische Prozess wird als möglichst konfliktloser Vorgang gesehen, der am besten Experten überlassen werden sollte, die dann zusammen zu einem unstrittigen Urteil kommen. Dies entspricht eher dem „Erziehungsframe“, der demensprechend mit der Kritik an Kan korreliert.

Im Verlauf des Atomunfalls geriet der Premierminister in Konflikt mit TEPCO und den eng mit der Atomindustrie vernetzten Experten für Atomkraft in den Sicherheitskommissionen der Regierung sowie dem für die Überwachung der Reaktoren zuständigen Wirtschaftsministerium (Kimura Hideaki 2012). Er flog am zweiten Tag der Katastrophe mit dem Hubschrauber ins Kraftwerk, um sich ein Bild der Lage vor Ort zu machen. Nachdem sich im Kraftwerk zwei Explosionen ereignet hatten (am Nachmittag des 12.3. und am Vormittag des 14.3.), wurde Kan zunehmend misstrauisch gegenüber TEPCO und den Mitgliedern der zuständigen Regierungsbehörden¹⁸³. Er begann nach Wegen zu suchen, direkt mit den Verantwortlichen vor Ort zu kommunizieren und ernannte externe Berater außerhalb des „nuklearen Dorfes“ (Nihon Kagaku Gijutsu Journalist Kaigi 2012: 35-36, 49-50). Als auf dem Höhepunkt der Krise (am frühen Morgen des 15.3.) die Lage vollständig außer Kontrolle zu geraten schien, setzte er

182 Kan war Premierminister von Anfang 2010 bis Mitte 2011.

183 NISA und Genshiryoku Anzen I'inkai.

durch, dass Regierungsmitarbeiter dauerhaft in der TEPCO-Zentrale stationiert wurden. Die TEPCO-Führung plante zu diesem Zeitpunkt allem Anschein nach, das Kraftwerk komplett zu evakuieren und den Selbstverteidigungsstreitkräften oder der amerikanischen Armee zu überlassen (Nihon Kagaku Gijutsu Journalist Kaigi 2012: 56-57). Die Mitglieder des Führungsstabes der DPJ und andere Beteiligte berichteten von wiederholten Anfragen des TEPCO-Präsidenten und seiner hohen Mitarbeiter das Kraftwerk zu evakuieren¹⁸⁴. Premierminister Kan reagierte wütend und befahl den TEPCO-Managern im Kraftwerk zu bleiben und bis zum Ende für die Eindämmung der voranschreitenden Katastrophe zu kämpfen. Die Atomkraftbefürworter sind sich einig darin, dass Kan die Hauptschuld an der Katastrophe trägt. Sie werfen ihm vor:

- Er habe durch seinen Besuch im Kraftwerk und die direkte Kommunikation z.B. mit dem Kraftwerksleiter Yoshida Masao sowie seinem scharfen Ton gegenüber den TEPCO-Verantwortlichen das Krisenmanagement durcheinandergebracht.
- Wegen seines Besuchs im Kraftwerk habe sich der Druckablass über ein Ventil verspätet.
- Er habe zunächst TEPCO befohlen, kein Meerwasser in den Reaktor einzuleiten (aus Angst vor einer erneuten Kritikalität oder davor, dass der Reaktor unbrauchbar werden könne; Nihon Kagaku Gijutsu Journalist Kaigi 2012: 35; 41-42; 56-57).
- Er habe (wegen seines angeblich überhöhten Selbstbewusstseins) auf einzelne Entscheidungen Einfluss genommen, die eigentlich den Verantwortlichen von TEPCO hätten überlassen werden sollen (Nihon Kagaku Gijutsu Journalist Kaigi 2012: 35)¹⁸⁵.

Ein pronuklearer Kommentator kritisierte Kan z.B. auf dem Nachrichtendienst Twitter scharf dafür, dass dieser durch seine Wutausbrüche die Atomverwaltung verängstigt und dadurch in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt habe:

184 TEPCO bestritt derartige Anfragen aber später. Der ehemalige Präsident von TEPCO hat sich seit dem Unfall nicht mehr in der Öffentlichkeit dazu geäußert. Die Frage wurde zu einem Kernstreitpunkt im Konflikt über Schuldzuweisungen für den Atomunfall.

185 Für eine Bewertung der Rolle Premierminister Kans während des Unfalls anhand verschiedener Untersuchungsberichte und Zeitzeugenberichte siehe Rövekamp. Rövekamp kommt zu dem Schluss, dass nahezu alle Vorwürfe gegen Kan politisch motiviert sind.

„Sein persönlicher Wahn hat den Atomunfall so sehr verschlimmert und die japanische Wirtschaft so sehr geschwächt wie kaum jemand! So etwas passiert, wenn ein Trottel Premierminister wird. Er hat die Manager der Atomaufsicht angeschrien und damit ihre Organisation bewegungsunfähig gemacht“ (Ishii 2016).

Auch der spätere Premierminister Abe stimmte in die Kritik ein:

„(...) Abe kritisierte in seinem Mail-Magazin (...), Kan habe am zweiten Tag des Unfalls aus Angst, dass dadurch eine Kernreaktion in Gang gesetzt werden könne, TEPCO befohlen, kein Meerwasser in den Reaktor zu leiten. Er schloss mit der Forderung, dass Kan sich für seine Unfähigkeit und Lügen beim Volk entschuldigen und zurücktreten solle“ (zitiert in Kan 2011)¹⁸⁶.

Bereits etwa einen Monat nach dem Unfall begannen Abe und andere LDP-Abgeordnete Kan im Parlament scharf zu kritisieren. Sie forderten seinen Rücktritt und arbeiteten daran, eine Untersuchungskommission zum Atomunfall von Fukushima durch das Parlament einsetzen zu lassen (AE-RA 2011). Nachdem Kan ein Kraftwerk im Mai 2011 aufgrund von Bedenken wegen der Erdbebensicherheit stoppen ließ, wurde die Kritik an ihm noch schärfer. Der Vorsitzende des International Environmental Energy Research Institute argumentiert z.B., Kan habe durch den Stopp des Kraftwerks in Hamaoka *„die Rechtsstaatlichkeit in der Atomkraftregulierung zerstört und die Atomkraftpolitik ins Chaos gestürzt“* (Sawa 2014 a).

Auch in seiner eigenen Partei regte sich Widerstand gegen Kan. Die Fraktion der DPJ-Größe Ozawa Ichirō, den Kan vorher in einem internen Machtkampf besiegt hatte, sah die Chance ihn zu entmachten. Unter Druck von mehreren Seiten sah sich Kan schließlich gezwungen seinen baldigen Rücktritt zu verkünden. Der vom Parlament in Auftrag gegebene Untersuchungsbericht, der schließlich mit Beteiligung der DPJ eingesetzt wurde, wies Kan eine maßgebliche Schuld am Verlauf des Atomunfalls zu. Auch die drei anderen Untersuchungsberichte, die zum Unfall angefertigt wurden (einer von TEPCO, einer von der Bürokratie im Auftrag der DPJ-Regierung und einer von einer privaten Gruppe, die ihre Sponsoren nicht offenlegte; Nihon Kagaku Gijutsu Journalist Kaigi 2012: 6-7), sehen die Rolle von Kan eher kritisch.

186 Kan hat Abe später für die Äußerungen verklagt. Ein Gericht wies die Klage zurück. Es bestätigte zwar, dass Kan nicht, wie von Abe behauptet, die Meerwassereinspritzung gestoppt habe, verwies jedoch darauf, dass dies zum Zeitpunkt, als Abe die Anschuldigungen machte, noch nicht bekannt gewesen sei (Kan 2011).

Die Kritik am „nuklearen Dorf“

Mit dem Atomunfall von Fukushima bekam der „Accountability-Frame“ eine sehr viel stärkere Verbreitung, das „nukleare Dorf“ wurde als Begriff landesweit bekannt. Die Glaubwürdigkeit von Atomkraftbefürwortern wurde jetzt sehr viel stärker und in weiteren Teilen der Bevölkerung angezweifelt. Der „Zusammenbruch des Sicherheitsmärchens“ (*anzen shinwa no hōkai*) entwickelte sich zum geflügelten Wort (Anzai et al. 2012: 82). Eine Flut von Publikationen beschäftigte sich mit den negativen Aspekten der Atomindustrie und ihrer Verbündeten. Eine Suche mit dem Stichwort „Atomkraftwerk“ (*genpatsu*) im japanischen Verbundskatalog zeigt über 1600 Bücher, die von 2011 bis 2016 veröffentlicht wurden. Ein großer Teil davon trägt Titel wie „Die Finsternis der Atomkraft“ (*genpatsu no yami*), „Die Verschwörung des ‚nuklearen Dorfes‘“ (*genshiryokumura no inbō*), „Die Atomlüge“ (*genpatsu no uso*) oder „Die wahre Gestalt der Atomkraft“ (*genpatsu no shinsō*). Neben den Stromerzeugern, der Industrie, der Verwaltung sowie der langjährigen Regierungspartei LDP sind auch Wissenschaftler und Medien weitaus stärker in den Fokus der Kritik geraten. In einem der zahlreichen „Accountability-Bücher“ heißt es in der Einleitung:

„Die Politiker, die Unternehmer, die Bürokraten, die Energiekonzerne, die Massenmedien und die Wissenschaftler, alle haben sie sich zusammengerotet und eine solche Katastrophe ausgelöst!“ (Kawamura 2011: 3-4).

Besonders die Handhabung des Unfalls durch die verantwortlichen Stellen und der teilweise starke Gegensatz zwischen der offiziellen Darstellung und dem Lauf der Ereignisse haben das Misstrauen vervielfacht.

TEPCO, Regierung, Medien, Wissenschaftler

Nach dem Erdbeben und Tsunami am 11.3.2011 wurden die Probleme im Atomkraftwerk Fukushima 1 zunächst in der Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen. Der Fokus lag auf den durch den Tsunami zerstörten Küstengebieten. In den Medien kamen hauptsächlich Wissenschaftler des „nuklearen Dorfes“ zu Wort, die betonten, dass die Sicherheit gewährleistet sei (Itō Mamoru 2012, Weiß 2014). Als am Tag nach dem Erdbeben ein Reaktorgebäude explodierte, wiederholte TEPCO, dass die Schutzhülle des Reaktors intakt sei und nicht mit einem größeren Austritt von Strahlung zu rechnen sei (Itō Mamoru 2012). Die Explosion war live mit einer Kamera aufgenommen worden, die Bilder der Explosion wurden im Fernsehen

jedoch erst mit Verspätung und unterlegt mit verharmlosenden Kommentaren gezeigt. Das Wort Explosion wurde vermieden und es wurde als „explosionsartiges Phänomen“ bezeichnet (Satō 2012). Die DPJ-Regierung und die meisten Medien übernahmen zunächst die Darstellung von TEPCO. TEPCO bekam die Krise jedoch nicht unter Kontrolle. Zwei Tage später ereignete sich eine weitere Explosion und am Tag darauf eine dritte. Nach der dritten Explosion am 15.3.2011, welche einen Teil der Schutzhülle eines der Reaktoren beschädigte, gab es einen starken Austritt von radioaktiven Substanzen.

Premierminister Kan zeigte nun öffentlich sein Misstrauen gegenüber TEPCO und stationierte Vertraute im TEPCO-Hauptquartier. Die Lage im Kraftwerk war inzwischen soweit eskaliert, dass ein internes Worst-Case-Szenario die Verstrahlung des Großraums Tokyo mit zahlreichen Toten und einer Lähmung der Regierungsfunktionen voraussagte (Kondō 2011). Kan betonte später, es habe die Gefahr gegeben ganz Ostjapan zu verlieren (Kan 2012). Trotz wiederholter Beteuerungen, dass die ausgetretene Strahlung minimal sei und die japanischen Kraftwerke durch zahlreiche Sicherheitsvorkehrungen geschützt seien, wurde klar, dass eine große Menge an radioaktiven Strahlen ausgetreten war. Die Evakuierungszone rund um das Kraftwerk musste mehrfach ausgeweitet werden. TEPCO gab erst Monate später zu, dass in dem Kraftwerk eine Kernschmelze stattgefunden hatte. Nach und nach kamen immer mehr Details über schlechtes Krisenmanagement und Vertuschungsaktionen ans Licht. Es trat z.B. hoch verstrahltes Wasser ins Meer aus, einige Arbeiter wurden hohen Strahlendosen ausgesetzt, und es wurde bekannt, dass die Messungen bei den Arbeitern nicht nach Vorschrift durchgeführt wurden (Kimura et al. 2013).

Die Atomkraftkritiker waren nun in der Initiative. Drei der vier Untersuchungsberichte zum Atomunfall gaben TEPCO die Hauptschuld am Unfall (Nihon Kagaku Gijutsu Journalist Kaigi 2012)¹⁸⁷. Besonders im Internet ergoss sich eine Welle beißender Kritik über die Firma. Aber auch andere Stromversorger wurden nicht ausgespart. Der kritische Wissenschaftler Koide Hiroaki drückte in einem Radiointerview die Kritik an TEPCO und den Stromversorgern aus:

„TEPCO war schon immer so eine Firma. Nicht nur TEPCO, sondern auch die anderen Energiefirmen sind so, die ganze Atomkraft funktionierte mit struktureller Vertuschung“ (Koide 2015).

187 Einzige Ausnahme ist der Bericht von TEPCO selbst.

Im Juni 2011 wurde bekannt, dass Kyushu Electric Power, um die Wiederinbetriebnahme eines Reaktors in Saga durchzusetzen, Mails an eigene Mitarbeiter und die von Zulieferern geschickt hatte und sie aufgefordert hatte, sich bei einer öffentlichen Anhörung für die Wiederinbetriebnahme auszusprechen. Die Veranstaltung war von einer Werbefirma geplant und vom LDP-Gouverneur von Kyūshū nach Absprache mit Kyushu Electric Power gefordert worden. Offenbar hatte er die Absicht ein Statement der Bürger für die Wiederinbetriebnahme zu inszenieren (TS 2011). Später wurde bekannt, dass es bei anderen Anhörungen in früheren Jahren ebenfalls ähnliche Machenschaften gegeben hatte (Akahata Henshūkyoku 2011).

NISA

Die Kontrollbehörde NISA, die dem Wirtschaftsministerium unterstellt war, zeigte sich unfähig, Kontrolle über TEPCO auszuüben, und wiederholte lediglich die Verlautbarungen von TEPCO (vgl. Rövekamp). Sie weigerte sich z.B. einen Monat lang den Begriff „Meltdown“ im Zusammenhang mit dem Unfall zu verwenden, während Kritiker schon nach kurzer Zeit darauf hinwiesen, dass die Brennstäbe in den betroffenen Reaktoren geschmolzen und zu einer Masse am Boden der Reaktorhülle verklumpt seien (Kimura et al. 2013). Auch nahm das Ausland den Unfall als weitaus schwerwiegender an als die japanischen Beteiligten. So stufte Frankreich den Unfall z.B. schon früh als Stufe 6 auf der Skala der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ein¹⁸⁸, während die japanische NISA noch wochenlang an einer niedrigen Bewertung festhielt, nur um ihn dann im Nachhinein als Level 7 einzustufen (Segawa 2011). Der Vorsitzende der amerikanischen Atomkommission äußerte Zweifel, ob die Lage unter Kontrolle sei, wie von TEPCO behauptet. Das amerikanische Militär erklärte für seine Angehörigen und für amerikanische Bürger zeitweise eine 80km-Evakuierungszone, während die japanische Evakuierungszone nur 20km umfasste. Die deutsche und die österreichische Botschaft wurden von Tokyo nach Osaka evakuiert (Kimura et al. 2013). In einem Blog heißt es über die NISA:

„Die NISA-Beamten, die zum Zeitpunkt des Unfalls in Fukushima 1 stationiert waren, sind aus Feigheit in eine sichere Gegend geflohen. Das Jahresge-

188 Und damit nur noch eine Stufe unter dem Unfall von Tschernobyl.

halt für den Chef dieser nutzlosen Leute ist 2 Millionen Yen (...). Wenn sie aufhören zu arbeiten, kriegen sie nochmal 8 Millionen Yen und lassen sich dann bei einem Klienten anstellen. Das führt dann zu den Frauenproblemen des Oberbeamten¹⁸⁹“ (Ishikawa 2011).



Abbildung 45: Bild einer Pressekonferenz der NISA nach dem Atomunfall von Fukushima (https://blogs.yahoo.co.jp/shgmmmr/GALLERY/show_image.html?id=63586257&no=0).

Medien

Die Zeitungen und besonders die Fernsehsender wurden scharf kritisiert, weil sie die Darstellung von TEPCO zu Beginn des Unfalls größtenteils übernahmen¹⁹⁰. So benutzten die Zeitungen z.B. das Wort Meltdown kaum noch, nachdem die NISA den Gebrauch eingestellt hatte, obwohl es angesichts der Beweislage kaum einen Zweifel daran geben konnte, dass ein Teil der Brennstäbe im Kraftwerk geschmolzen war (Segawa 2011). Medienkritiker warfen den großen Medienunternehmen vor, dass sie ihre Journalisten schon früh aus den wegen des Atomunfalls gesperrten Gebie-

189 Von einem NISA-Beamten wurde bekannt, dass er eine Geliebte unterhielt.

190 Eine genauere Untersuchung der Berichterstattung über den Unfall zeigt allerdings, dass es durchaus Unterschiede gibt. Besonders die Fernsehsender waren stark von der Atomindustrie beeinflusst, während die Zeitungen zum Teil deutlich kritischer berichteten (Weiß 2014).

ten abgezogen hatten, nach außen aber die Erklärungen von NISA und der Regierung weiterverbreiteten (Masukomi Rinri Kondankai Zenkoku Kyōgikai 2011, Uesugi und Ugaya 2011, vgl. auch Kimura et al. 2013).

Besonders die Darstellung der Explosionen im Atomkraftwerk, der Auftritt zahlreicher der Atomindustrie nahestehender Experten, deren Erklärungen täglich von der Realität eingeholt wurden (vgl. Itō Mamoru 2012, Odagiri 2012), und der große Unterschied zwischen japanischen Fernsehberichten und Berichten aus dem Ausland erregten großes Misstrauen. Ein freier Journalist fasste sein Misstrauen in einem Blog zusammen:

„Sie haben immer wiederholt, ‚es ist sicher, es ist sicher‘. Jetzt wurde klar, es war nicht sicher. Ich denke, (viele Leute) haben viel Vertrauen verloren. Es wurde klar, dass die Kraftwerke eben nicht sicher waren. (...) Die Medien haben noch nicht mal einfache Tatsachen übermittelt“ (Higuchi 2011).

Wissenschaftler

Besonders die Atomingenieure und Experten aus dem Komitee für Reaktorsicherheit und der Atomkommission, die im Fernsehen sowie bei Asahi Shinbun und Yomiuri Shinbun den Großteil der Kommentatoren ausmachten (Weiß 2014), verloren viel Vertrauen. Eine Umfrage im „Wissenschaftsweißbuch“ der Regierung vom April 2011 zeigte, dass die Zahl der Befragten, die angaben, sie würden Wissenschaftlern glauben, von über 65 Prozent auf knapp 40 Prozent gefallen war¹⁹¹. Die Werte der Befragten, die angaben, *„über die Ausrichtung wissenschaftlicher Forschung sollten nur Experten entscheiden, die sich ja damit gut auskennen“*, fiel von knapp 80 auf 45 Prozent (MEXT 2012: 45-46).

In einem Blog wird z.B. der Reaktoringenieur beschimpft, der auf NHK die erste Explosion im Kraftwerk, bei der eine über hundert Meter hohe Rauchsäule aufstieg, als absichtlich ausgelöste Funktion eines „Explosionsventils“ erklärte:

191 Die Daten sind von einer Unterorganisation des Erziehungsministeriums erhoben. Nur im April 2011 wurde die Formulierung der Fragen leicht verändert. Deswegen argumentiert das Institut, dass man die Ergebnisse nicht mit den anderen monatlichen Umfragen vergleichen könne. Hierbei scheint es sich um einen Trick zu handeln, um den unmittelbaren Einfluss des Atomunfalls nicht abzubilden. Nach April 2011 stiegen die Werte allerdings wieder auf das bisherige Niveau (MEXT 2012: 45-46).

„Wir verzeihen euch nicht, gekaufte Wissenschaftler! Mr. Explosionsventil, Sekimura Naoto von der Universität Tokyo ist die Nr. 1 bei Spenden aus der Atomindustrie“ (Hitorashiku Blog 2014).

Erziehungsministerium und Präfektur Fukushima

Bald nach dem Unfall wurde bekannt, dass die Verwaltung (das Erziehungsministerium) die Simulationen eines Programms zur Vorhersage der Verbreitung von Radioaktivität (SPEEDI/System for Prediction of Environment Emergency Dose Information) nicht veröffentlicht hatte, obwohl sie dem amerikanischen Militär diese Daten zur Verfügung stellte (Kimura et al. 2013). Die Strahlung hatte sich vor allem in nordwestlicher Richtung und dort in relativ hoher Konzentration über das kreisförmige Evakuierungsgebiet hinaus verbreitet. Weil die Simulationsdaten nicht genutzt wurden, landeten evakuierte Bewohner in Gebieten, die stärker verstrahlt waren als ihre Wohnorte in der Evakuierungszone. Auch die Präfektur Fukushima hatte die Daten erhalten und sich gegen die Veröffentlichung entschieden (Kimura et al. 2013). In einem Blog heißt es dazu:

„Nach dem Atomunfall haben die Regierung und die Präfektur Fukushima das System zur Simulation der Ausbreitung von Radioaktivität SPEEDI geheimlich, den Bewohnern Fukushimas unnötige Strahlung aufgezwungen und eine als Alibi inszenierte Untersuchung durchgeführt“ (Blue Water World 2013).

Die japanische Regierung begann nach dem Unfall unter Regie der Präfektur Fukushima eine groß angelegte Studie zu Schilddrüsenkrebs bei Kindern in Fukushima (Kenmin Kenkō Kanri Chōsa, später umbenannt in Kenmin Kenkō Chōsa; MOE, ohne Datum). Alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre werden bei dieser Studie in regelmäßigen Abständen auf Schilddrüsenkrebs untersucht. Die Untersuchung wird von der Universität Fukushima durchgeführt und als Leiter des Projekts wurde der Strahlenmediziner Yamashita Shun'ichi berufen. Yamashita erregte Aufmerksamkeit mit Äußerungen wie: *„Wer lacht, zu dem kommen keine Strahlen“* (Spiegel 2011). Skeptiker werfen der Studie vor, ihr ausdrückliches Ziel sei, den Einwohnern von Fukushima Sicherheit zu vermitteln und nicht etwaige Gesundheitsprobleme festzustellen. Die Umweltorganisation FOE Japan kritisiert etwa:

„Das Ziel ist von Anfang an Unsicherheit aufzulösen. Es wird angenommen, dass der Einfluss der Strahlung ‚extrem gering‘ ist (...). Die Erfassung von in-

nerer Verstrahlung (durch in den Körper aufgenommene radioaktive Substanzen) ist nicht ausreichend (...). Herr Yamashita (der Leiter der Untersuchung) sieht Verstrahlung auf niedrigem Level als unbedeutend an. Die Untersuchung ist einseitig und erweckt daher Misstrauen“ (FOE Japan 2012).

Es wurde bekannt, dass die Mitarbeiter der Studie im Vorfeld einer öffentlichen Konferenz über erste Ergebnisse der Untersuchung zu einer geheimen Vorkonferenz eingeladen worden waren, bei der sichergestellt werden sollte, dass alle die gleiche Meinung vertraten (sie sollten vertreten, dass es keinen Hinweis auf erhöhte Krebsraten gebe) und dass zahlreiche Protokolle von Sitzungen insgeheim verändert worden waren (vgl. Hino 2013). Nach den Enthüllungen erklärte Yamashita seinen Rücktritt als Vorsitzender des Projektes (MS 2013).

Umweltministerium

Auch das Umweltministerium geriet in die Kritik. Im Rahmen groß angelegter Dekontaminierungsaktionen der strahlenbelasteten Gebiete wurden Aufträge an große Baufirmen vergeben. Neben grundsätzlicher Kritik an der Dekontaminierungspolitik¹⁹², die unter Führung des Umweltministeriums erfolgt, wurde bekannt, dass einige der Firmen ihre Mitarbeiter angewiesen hatten, einen Teil der kontaminierten Erde und Blätter einfach in Flüsse zu werfen (AS 2013 b). In einem Bericht der Zeitung der Kommunistischen Partei Japans heißt es dazu:

„Das Umweltministerium vergibt die Aufträge (für Dekontaminierung) an große Baufirmen. Im Sommer letzten Jahres (2012) begannen die Arbeiten (...). Aber vor Ort gab es zahlreiche Hinweise von Anwohnern auf schlampige Arbeiten. Der (KPJ-) Abgeordnete Kasai wies darauf hin, dass man hier die illegalen Methoden der Bauunternehmen (...) und die Laissez-Faire-Haltung des Umweltministeriums und der Regierung beobachten kann“ (Shinbun Akahata 2013).

Der Atomunfall von Fukushima und die darauf folgenden Ereignisse und Enthüllungen haben aus Sicht vieler Atomkraftgegner das gesamte Netzwerk von Personen und Institutionen, das mit der Atomkraft zu tun hat, von der lokalen bis zur nationalen Ebene, von LDP bis DPJ diskreditiert.

192 Koide Hiroaki behauptet z.B., dass grundsätzlich keine großen Effekte von der Dekontaminierung zu erwarten sind (Koide 2013).

Die Kritiker bezweifeln zum Teil, ob die Reaktoren in Fukushima unter Kontrolle seien, ob dort nicht weiterhin eine Kernschmelze voranschreite, ob die ausgetretene Strahlung wirklich keine direkten Schäden hervorruft, wie von der Regierung und den „offiziellen Wissenschaftlern“ (*goyō gaku-sha*) behauptet. TEPCO hat den Tsunami von 2011, der zum Atomunfall führte, als „kaum vorherzusehen“ (*sōteigai*) bezeichnet. Von Kritikern wird aber argumentiert, dass der Unfall eine menschengemachte Katastrophe (*jinzai*) sei (vgl. z.B. Sataka 2011: 7). Die hier beschriebenen Diskussionen um Verantwortung und Fehlverhalten umfassen keinesfalls alle derartigen Diskussionen, die um den Unfall herum geführt worden sind. Sie geben lediglich einen Überblick über die größten Streitpunkte und die „Accountability“ verschiedener Akteure. Bevor ich darauf eingehe, wie sich die weiteren Frames der Atomkraftgegner durch den Atomunfall verändert haben, werde ich noch einen Überblick über die Bewertung der DPJ durch die Atomkraftgegner geben, da auch diese von Atomkraftgegnern zum Teil scharf kritisiert wird.

DPJ und Premierminister Kan im Framing der Atomkraftgegner

Unter Atomkraftgegnern herrschen geteilte Meinungen darüber, ob die DPJ und Ministerpräsident Kan ebenfalls zu den Schuldigen des Unfalls zu zählen sind. Wie oben gesehen, ist für die Sprecher des „nuklearen Dorfes“ Kan sogar der Hauptverantwortliche. Ein Teil der Atomkraftgegner beurteilte sein Wirken ebenfalls kritisch. So fielen weitere Konflikte und Enthüllungen im Zusammenhang mit Evakuierungsrichtlinien und Dekontaminierungsmaßnahmen in seine Amtszeit. Ein Berater der Regierung trat im April 2011 aus Protest und unter Tränen bei einer Pressekonferenz zurück, weil er die jährliche Strahlenobergrenze ablehnte, welche DPJ-Verantwortliche und die Verwaltung¹⁹³ für Schulen beschlossen hatten (TS 2011)¹⁹⁴. Obwohl die DPJ seit 2011 den Eindruck erwecken wollte, eine offene und transparente Atomkraftpolitik zu machen, wurde sie von Atomkraftgegnern scharf kritisiert. So schreibt ein kritischer Essayist z.B., die DPJ sei nach dem Unfall zur LDP geworden (Sataka 2011: 9). Koide Hiroaki äußerte sich ebenfalls kritisch:

193 Die Richtlinie wurde vom von der DPJ eingerichteten Hauptquartier für Katastrophenmaßnahmen (Saigai Taisaku Honbu), dem Komitee für Reaktorsicherheit und dem Erziehungsministerium getragen.

194 Der Grenzwert wurde später auf 1 mSv heruntergesetzt (AS 2011 a).

„Premierminister Kan hat eine atomfreie Gesellschaft gefordert. Ich aber habe Politik schon immer gehasst und kann davon nicht viel erwarten (...). Egal was für theatrale Aussagen er macht, letztlich wird das wohl nichts ändern“ (Koide 2011).

Auf der anderen Seite wurde Premierminister Kan von einem Teil der Atomkraftgegner für seinen Entschluss, das Atomkraftwerk von Hamaoka (das in einem besonders erdbebengefährdeten Gebiet steht) zu stoppen, gelobt. Iida Tetsunari bezeichnete diese Entscheidung z.B. als „heldenhaft“ (AS 2011 c).

„Runaway-Frame“

Nach dem Atomunfall von Fukushima erlebte der „Runaway-Frame“ eine neue Konjunktur in der japanischen Gesellschaft. Jetzt existierten im eigenen Land Opfer, die durch den Atomunfall aus ihren Häusern vertrieben worden waren. Ganze Landstriche waren menschenleer geworden und wurden nur noch von zurückgelassenen Haustieren bewohnt. Die Bilder von Kindern, die mit Geigerzählern vermessen wurden, von Schwerkranken, die in Bussen durchs Land gefahren wurden, von Arbeitern in Gasmasken und Schutzkleidung, die Videos von Explosionen und zusammengefallenen, ausgebrannten Reaktorgebäuden sind Elemente, die den Eindruck der Unkontrollierbarkeit der Atomkraft verstärken. Ebenso trugen die Meldungen von verstärkter Strahlenbelastung in zahlreichen Lebensmitteln und im Trinkwasser, die nach dem Atomunfall auftauchten, zu einer Popularisierung des „Runaway-Frames“ bei.

Dabei tendierten Teile der Atomkraftgegner dazu, die Folgen des Unfalls als extrem schwerwiegend darzustellen. Ein Aktivist der grünen Bewegung in Japan schrieb z.B.:

„Ganz Japan ist jetzt vom Unfall betroffenes Gebiet, wir lösen sogar im Ausland Angst vor der Strahlung aus“ (Koriyama und Ōno 2012: 20).

Auch die Kommunistische Partei argumentierte jetzt mit einem „Runaway-Framing“:

„Die abnorme Gefahr durch Atomkraft ist durch den Atomunfall zutage getreten. Wenn ein schwerer Unfall passiert und Strahlung austritt, gibt es kein Mittel mehr, um sie komplett wieder einzufangen. Die Strahlenschäden ver-

breiten sich räumlich über ganz Japan und zeitlich in die ferne Zukunft (...)“ (Nihon Kyōsantō Chūō Iin Shuppankyoku 2011: 9-10¹⁹⁵).

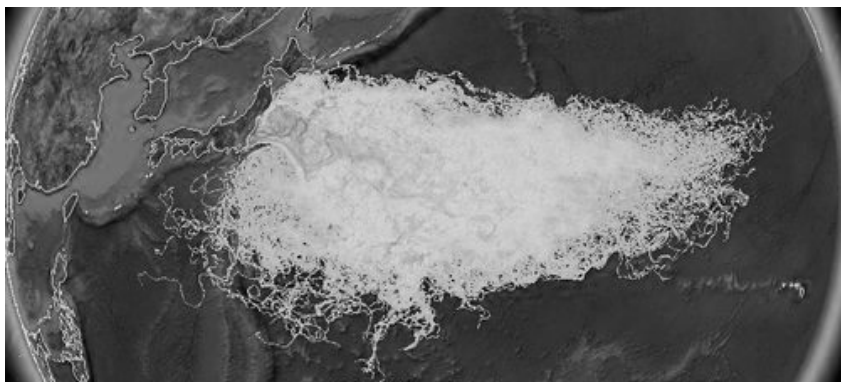


Abbildung 46: Ein Bild, das die angebliche Kontamination des pazifischen Ozeans durch den Atomunfall von Fukushima abbilden soll (<http://radioactivetokyo.seesaa.net/upload/detail/image/ASRE7A4BEE6BSB7E6B48BE6B19AE69F93E59CB0E59BB3-thumbnail2.jpg.html>).

Kritiker wie Koide Hiroaki haben gewarnt, dass während des Atomunfalls die Gefahr einer erneuten Kritikalität bestand, dass der Großraum Tokyo, wenn nicht sogar ganz Japan von massiver Verstrahlung bedroht war, und sie behaupten, dass auch in Tokyo nach dem Unfall die radioaktiven Stoffe, die während des Unfalls ausgetreten sind, eine Gesundheitsbedrohung speziell für Kinder darstellen würden. Bewohnern aus einem 50-Kilometer-Radius des Kraftwerks empfiehlt Koide die Flucht. Er betont, dass die Zahl der Krebstoten durch den Unfall definitiv steigen werde und dass den Bewohnern der verstrahlten Gebiete um Fukushima nur die Wahl bleibe, ob ihr Alltag zerstört werde durch die Flucht oder ihre Gesundheit durch Krebs (vgl. Koides Radioauftritte unter Koide Hiroaki Hikōshiki Matome 2015). Kinoshita Kōta, ein ehemaliger TV-Reporter, der seit dem Unfall für Vorträge durchs ganze Land reist, sammelt Berichte über Gesundheitsbeschwerden von Herzinfarkt bis Nasenbluten und suggeriert eine Verbindung mit dem Atomunfall (Kinoshita 2017). Ein Comic, in dem beschrie-

195 Die KPJ hatte schon 2004 den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft gefordert (Katō Tetsuo 2012).

ben wurde, dass Kinder in den Gebieten in der Nähe des Reaktors Fukushima 1 ungewöhnlich häufig unter Nasenbluten leiden, geriet in die Kritik und wurde nach Protesten der betroffenen Stadt und von Politikern in der nächsten Auflage entschärft, indem die betreffenden Stellen herausgenommen wurden (Huffington Post Japan 2014)¹⁹⁶.

Die Folgen der Strahlung für Kinder sind ein besonders umkämpftes Thema. So forderten Verbände wie Greenpeace Japan z.B. die Evakuierung von Kindern und Schwangeren auch aus Gebieten, welche die japanische Regierung als sicher eingestuft hatte (Greenpeace Japan 2011). Die Existenz von Hotspots, kleineren Gebieten mit höherer Verstrahlung auch außerhalb der designierten Evakuierungszonen, sind ein wichtiges Argument für die Unberechenbarkeit der Folgen des Atomunfalls. Damit hängt auch die Frage zusammen, wie man Dekontaminierungsmaßnahmen bewertet. So warnen Skeptiker davor, dass die Effekte bei Waldgebieten begrenzt seien und die Strahlung nach der Dekontaminierung wieder auf höhere Werte steigen könne (Greenpeace Japan 2012).

Der Verlust der Heimat für die Flüchtlinge und Evakuierten aus Fukushima ist ebenfalls ein wichtiges Symbol im „Runaway-Framing“. Auf der Homepage einer Gruppe, die für eine (höhere) Entschädigung von Evakuierten einen Gerichtsprozess durchführt, heißt es:

„Der Unfall von Fukushima hat eine große Menge von radioaktivem Material verbreitet. Als Folge wurde das wohlhabende, sichere und ruhige Leben der Einwohner von Fukushima und den umliegenden Präfekturen zerstört und sie wurden in Angst vor radioaktiver Strahlung versetzt (...). Auch über zwei Jahre nach dem Unfall müssen 150 000 Menschen auf der Flucht bleiben (...). Diesen Schaden kann man nicht anders als Verlust der Heimat (furusato sōshitsu) bezeichnen“ (Fukushima Soshō Genkokudan Bengodan 2013).

Hiroshima und Fukushima

Nach dem Unfall von Fukushima hat es eine Renaissance von Argumentationen gegeben, die sich gegen die diskursive Trennung von Atomwaffen und Atomkraftwerken wenden. Die KPJ argumentierte jetzt:

196 Die betreffenden Sätze wurden dahingehend geändert, dass sie keine eindeutige Verbindung mehr zwischen erhöhten Strahlenwerten und Nasenbluten herstellen (AS 2014 a).

„Der Leichtwasserreaktor wird benutzt, weil die Technologie aus der Militärtechnik übernommen wurde (...). Weil es sich um Militärtechnologie handelt, ist die Sicherheit zweit- oder drittrangig“ (Nihon Kyōsantō Chūō I'in-kaishuppankyoku 2011: 17).

Im Newsletter von Gensuikyō (der den Kommunisten nahestehenden Anti-Atomwaffen-Gruppe) werden jetzt Waffentechnologie und Stromerzeugung als „zwei Seiten derselben Medaille“ bezeichnet und es wird argumentiert, dass Kernspaltung nicht mit der Sicherheit der Menschheit vereinbar ist (Buletin of the Japan Council against A & H Bombs 2016). In einer Vielzahl von Publikationen und Filmen werden Parallelen zwischen Hiroshima, Nagasaki und Fukushima gezogen, und es wird gefragt, warum die Strahlenopfer der Atombomben (*hibakusha*) nicht mehr gegen die Verbreitung der Atomkraft getan haben. Auf der alternativen Medienplattform OurPlanet.TV wird z.B. die Reise eines Atombombenopfers aus Hiroshima nach Fukushima vorgestellt, das sich nach dem Unfall von Fukushima diese Frage stellt (Voices of Fukushima 2015).

„Widerstandsframe“

Nach dem Unfall von Fukushima tauchte politische Beteiligung häufig als Forderung auf, vor allem bei Akteuren aus neueren Umweltgruppen wie FOE Japan und Kikō Network, aber auch bei einigen der klassischen Müttergruppen wie der Verbraucherbewegung (vgl. Kōriyama und Ōno 2012: 51 ff.). In einer Presserklärung von Kikō Net heißt es z.B.:

„Durch den Atomunfall von Fukushima haben wir allerlei Schäden und Leid ertragen müssen. (...) Die Zukunft der Energie in Japan ist für das Leben aller Japaner ein wichtiges Thema (...). Die Regierung will darüber (...) im stillen Kämmerlein entscheiden. Das Wirtschaftsministerium will das politische Chaos¹⁹⁷ nutzen, um schnell sicherzustellen, dass alles weitergeht wie bisher (...). Selbst nach diesem Unfall wird die Diskussion geführt, ohne nur die Meinung der Bürger zu berücksichtigen“ (E-Shift 2011 b).

197 Gemeint ist das Chaos der damaligen Regierungspartei DPJ, in der Premierminister Kan von einer Gruppe innerparteilicher Konkurrenten sabotiert und zum Rücktritt gezwungen wurde.

Wiederholt wurden Volksentscheide über die Zukunft der Atomkraft gefordert. In der Selbstdarstellung der Gruppe „Atomkraft-Bürgerentscheid – lasst uns zusammen entscheiden!“ heißt es:

„Lasst uns aus der Zuschauer-Demokratie ausbrechen! Was machen wir mit der Atomkraft? Sollte diese wichtige Entscheidung nicht, statt wie bisher von der Regierung und vom Parlament, vom Volk direkt bestimmt werden? Wir führen eine Volksabstimmung zum Thema Atomkraft durch“ (Mina de Kimeyō! Genpatsu Kokumin Tōhyō 2015).



Abbildung 47: Cover des Versandkataloges Tsūhan Seikatsu vom Herbst 2011. Die Überschrift lautet: „So schnell wie möglich eine Volksabstimmung über Atomkraft!“¹⁹⁸.

198 Ein Werbespot für die Sonderausgabe, den das Versandhaus im Fernsehen bei TV Asahi schalten wollte, wurde abgelehnt, weil dieser politische Inhalte enthielt (It's a New World 2011).

„Soft-Path-Frame“

In Kapitel 4 wurde gezeigt, dass in den 1990er Jahren eine große Zahl von Umweltgruppen entstanden ist. Eher konsensorientierte Gruppen wie WWF Japan oder die NPO Kikō Network blieben in der Atomfrage bis 2011 passiv und machten keine aktive Anti-Atomkraftpolitik. Die Atompolitik wurde nur von radikaleren, in Japan relativ isolierten Gruppen wie Greenpeace aufgegriffen (Interview mit Ishihara Akiko, WWF Japan). Nach dem Atomunfall von Fukushima hat sich das geändert. Es lässt sich eine deutliche Belebung von Gruppen beobachten, die mit „Soft-Path-Symbolen“ argumentieren. Der Ruf nach einer Energiewende wurde von vielen Gruppen aufgenommen. Ein Netzwerk mehrerer NPOs im Energiebereich unter dem Namen Ene-Shift fordert in einem Appell:

„Was jetzt wirklich gebraucht wird, ist der Ausbruch aus der Abhängigkeit von Atomkraft in Wirtschaft, Kultur und Politik. Wir brauchen eine Energiewende“ (E-Shift 2011 a).

Eine Pressemeldung der Anwaltsvereinigung Fukushima bringt Umweltverschmutzung und Atomkraft in Verbindung:

„Beim Atomunfall von Fukushima hat der lokale Monopolist TEPCO im Prozess seines Atomkraftgeschäfts eine riesige Menge von schädlichem radioaktivem Material in die Umwelt ausgestoßen und damit die Umwelt in weitem Umfang verseucht und eine Umweltverschmutzung von in der modernen japanischen Geschichte kaum gesehenem Ausmaß erzeugt“ (Fukushima Bar Association 2012).

Erneuerbare Energien

Von vielen Gruppen werden konkrete Vorschläge für die Förderung erneuerbarer Energien gemacht, wie etwa die Einführung einer Einspeisevergütung (das Gesetz wurde 2011 von der DPJ verabschiedet). Die Atomkraftgegner schauen weiterhin oft nach Deutschland als Vorbild für eine Energiewende. Forderungen nach Reformen wie der Liberalisierung des Strommarktes, damit die Bürger ihren Stromanbieter frei wählen können, und die Trennung von Stromerzeugung und Versorgungsnetzen aus der Hand der Energiemonopolisten, um neuen Energien besseren Zugang zu geben,

werden häufig von Atomkraftgegnern vorgebracht¹⁹⁹. Auch die Rufe nach lokaler Energieproduktion für den lokalen Verbrauch (*chisan-chishō*) sind lauter geworden:

„(...) auf lange Sicht geht der Entwicklungsweg der Menschheit zur lokalen Erzeugung und zum lokalen Verbrauch erneuerbarer Energien wie in Deutschland. Man sollte seine Kraft auf Energiesparen und ein intelligentes Netzwerk und Energiespeicher konzentrieren“ (NPO Kirakira Hatsuden 2016).

Oft wird die Frage gestellt, warum Deutschland den Ausstieg beschließen konnte, während Japan weiter an der Atomenergie festhält. Bürgerbeteiligung und lokale Autonomie sind Stichworte, die häufig aufgenommen werden. Kikō Net stellte beispielsweise einen Film vor, in dem dargestellt wird, wie die Bürger von Schöna (eine Stadt in der Nähe von Lörrach in Baden-Württemberg) nach dem Atomunfall von Tschernobyl auf eigene Faust die Energieversorgung der Kleinstadt auf erneuerbare Energien umstellen und dafür eine eigene Energiefirma gründen (Kikō Net 2017).

199 Die Liberalisierung wurde 2016 durchgeführt, die Trennung von Netz und Erzeugung soll bis 2020 erfolgen.



Abbildung 48: Vorstellung des Films „Das Schönaauer Gefühl“ (<http://www.kikonet.org/local/local-activities/schoenau-rental>). Oben steht, „Den Kindern eine Gesellschaft mit natürlicher Energie“.



Abbildung 49: Cover des Magazins des berühmten Filmstudio Ghibli vom August 2011. Vorne steht der berühmte Regisseur Miyazaki Hayao, ein Schild mit der Aufschrift „Keine Atomkraft“ um den Hals. Unten in Weiß steht: „Studio Ghibli will ohne Atomstrom Filme produzieren!“ (<http://www.asyura2.com/11/genpatu15/msg/837.html>).

Opfer der nationalen Politik

Das Porträt von Fukushima als Opfer des „Systems Atomkraft“ ist ebenfalls ein wichtiges „Soft-Path-Element“. Auch hier wird der Vergleich zur Präfektur Okinawa gezogen. Dass dort zahlreiche amerikanische Militärbasen stehen, wird als Zeichen gesehen, dass die Präfektur zum Opfer der nationalen Politik gemacht wurde. Fukushima wird ebenfalls in einem solchen Zusammenhang dargestellt. In der Vorstellung eines atomkraftkritischen Films von Regisseur Koshi'ishi Masashi heißt es z.B.:

„Koshi‘ishi, der in Okinawa, das 15 Jahre wegen des geplanten Umzugs der US-Militärbasis zum Spielball der nationalen Politik gemacht wurde, beheimatet ist, traf nach der Erdbebenkatastrophe die Familie Murashige aus Fukushima. Sie hatten durch das Erdbeben die gleiche bittere Erfahrung gemacht und fühlten sich dadurch verbunden“ (Cinema Today 2016).

„Not-Cost-Effective-Frame“

Ähnlich wie beim „Soft-Path-Framing“ fällt auf, dass relativ wenige Gruppen vor 2011 wirtschaftliche Argumentationen für erneuerbare Energien als Argument gegen die Atomkraft darstellten. Wie bei den moderaten Umweltgruppen WWF und Kikō Net oben beschrieben, wurde eine klare Gegenüberstellung von Atomkraft und erneuerbaren Energien vor dem Atomunfall 2011 häufig vermieden²⁰⁰. Nach dem Atomunfall von Fukushima wurde die Atomkraft in größerer Breite auch aus Gründen der Kosteneffizienz angegriffen. Ein Umweltökonom und prominenter Kritiker der Atomkraft argumentiert:

200 In der Inhaltsanalyse in Kapitel 8 bis 11 betrachte ich Aussagen, bei denen Atomkraft nicht thematisiert wird und nur die Vorteile erneuerbarer Energien unterstrichen werden, nicht als Framing von Atomkraft.

„Der Niedergang des Märchens vom billigen Preis.

Seit 1957 wird im Atomkraftweißbuch behauptet, dass Atomkraft wirtschaftlich sein kann, (...) mit Steuergeldern werden die Kosten übernommen. (...) Auf Kosten des Volkes wird die Atomkraft gefördert. In den Berechnungen im Weißbuch werden diese staatlichen Ausgaben nicht mit einbezogen“ (Öshima zitiert in Anzai et al. 2012: 37-38).

„(...) zusätzlich fallen Kosten für die Lagerung und Entsorgung der Abfallstoffe an. Diese Art von Kosten entsteht nur bei der Atomkraft. (...) In Japan sollen laut offizieller Planung alle Brennstäbe wiederaufbereitet werden. Dafür fallen Wiederaufbereitungskosten an. Diese Kosten fallen (...) zusätzlich an, weil die japanische Regierung am Brennstoffkreislauf festhält“ (Öshima zitiert in Anzai et al. 2012: 41).

„(...) (Atom-)Müll ist extrem lästig. Bis die Strahlung auf das Niveau einer Uranmine fällt, dauert es 100 000 Jahre (...). Laut Plan soll er 300 Jahre kontrolliert werden, aber danach soll die Kontrolle aufgegeben werden. Die Regierung behauptet deshalb, dass 300 Jahre lang Kosten entstehen, aber danach nicht mehr“ (Öshima zitiert in Anzai et al. 2012: 41).

Der Kritiker weist auf die zusätzlichen Kosten im Fall einer Störung oder eines Unfalls hin:

„Außerdem ist in der Rechnung keinerlei Szenario enthalten, was gemacht wird, wenn in den 300 Jahren ein Unfall passiert. Und was in den verbleibenden 99 700 Jahren passiert, wird ebenfalls nicht geklärt. Ob in dieser Zeit nicht Strahlung austritt und welche Kosten daraus entstehen würden, ist komplett ausgeklammert“ (Öshima zitiert in Anzai et al. 2012: 41).

„Hinzu kommen die Kosten für den Abbau der Reaktoren. Dazu gehören die Kosten für den Abbau und die Kosten für die Wiederaufbereitung der anfallenden Abfallstoffe. (...) Dass die Kosten auch nach der Stromerzeugung noch gigantisch sind, ist eine Besonderheit der Atomkraft (...). Keiner weiß, wie viel es letztlich kosten wird. Deshalb können die Kosten sich letztlich leicht nochmal verdoppeln“ (Öshima zitiert in Anzai et al. 2012: 42-42).

„Schließlich gibt es noch Standortausgaben und Entwicklungskosten. Ein Beispiel für Entwicklungskosten ist der schnelle Brüter Monju. Dies ist auch eine Technologie, die, egal wie lange man wartet, niemals zur Anwendung kommen wird (...). Die Bürger denken vielleicht, dass aus Entwicklungskosten

ten Forschung zur Sicherheit finanziert wird, aber in Wahrheit wird der größte Teil für den Brennstoffkreislauf ausgegeben (...). Den Kern der Standortkosten bilden Subventionen. Dies ist ein extrem kompliziertes System. Das ANRE produziert jedes Jahr eine Broschüre über die Subventionen, um damit Standorte zu werben. Darin heißt es, wenn man einen Reaktor aufnimmt, kann man über 45 Jahre 124 Milliarden Yen (über eine Milliarde Euro) bekommen (...). Aus gesellschaftlicher Sicht ist die Atomkraft für das Volk ein Fass ohne Boden“ (Ōshima zitiert in Anzai et al. 2012: 44-45).

Die Kritik am Preissystem und speziell daran, dass die Stromversorger Werbekosten als Entwicklungskosten verbuchen und (wenn sie die Genehmigung vom Wirtschaftsministerium erhalten) auf den Strompreis aufschlagen können, hat nach dem Unfall von Fukushima ebenfalls stark an Einfluss gewonnen. Als Verbraucher gab es (bis 2016) keine Möglichkeit den Stromanbieter zu wählen, deshalb wird oft auch argumentiert, dass Werbung für die Stromversorger gar nicht notwendig war (vgl. z.B. Honma 2015). Es wird darauf verwiesen, dass sie mit diesem Finanzierungssystem große Teile der Politik, der Medien und Entertainment-Welt einkaufen konnten. In einem von der Parteizeitung der KPJ herausgegebenen Buch heißt es dazu:

„TEPCO versprach auf seiner Aktionärskonferenz 2011 (...) allerlei Kosten zu kürzen. Aber im Schatten gibt es ein Budget, das kaum angetastet wurde, die Verbreitungs- und Entwicklungskosten (...). Die PR-Kosten werden im Budget nicht getrennt ausgewiesen. Sie werden unter Verbreitungs- und Entwicklungskosten verbucht. Dazu gehören Werbung, das Betreiben von PR-Hallen in den Standorten und allerlei Kampagnen (...). Diese Kosten haben sich in den 45 Jahren seit dem Bau der ersten Kraftwerke verdreißigfacht“ (Akahata Henshūkyoku 2011: 107).

Auch aus einer wirtschaftlichen Perspektive wurden die Forderungen nach Liberalisierung und Trennung von Netz und Stromerzeugung (siehe auch Kapitel 6) verstärkt wieder aufgegriffen:

„Wenn der Strommarkt komplett liberalisiert würde, dann würde klar, dass Atomkraft wirtschaftlich unprofitabel ist. Das wissen die Stromkonzerne am besten. Dies ist der Grund, warum sie die Liberalisierung so fürchten“ (Nuketext.org 2011)²⁰¹.

201 Wenn solche Argumente mit wirtschaftlichen Vor- oder Nachteilen in Verbindung gebracht wurden, habe ich sie als „Not-Cost-Effective-Frame“ codiert,

Ein weiteres wichtiges Argument sind die Kosten für Entschädigungszahlungen und den Abbau der havarierten Reaktoren nach 2011. 2016 veröffentlichte das Wirtschaftsministerium eine Rechnung, nach der die Kosten für Entschädigung und Reaktorabbau sich auf über 160 Milliarden Euro summieren (nach 2017er Wechselkursen; Reuters Japan 2016). FOE Japan protestierte beispielsweise gegen die Umlegung dieser Kosten auf die Nutzungsgebühren für das Stromnetz und stellte die Berechnungen des Wirtschaftsministeriums in Frage:

„Die Kosten für Entschädigung und Dekommissionierung liegen bei 21,5 Billionen Yen (...). Für Dekommissionierung ist aber nur das Herausnehmen des radioaktiven Mülls, das 40 Jahre dauern soll, veranschlagt. Es gibt keinerlei Berechnungen darüber, wie viel Geld die Verarbeitung danach kosten soll. Das japanische Wirtschaftszentrum hat 2017 berechnet, die Kosten könnten auf 50 bis 70 Billionen Yen steigen“ (FOE Japan 2017).

wenn sie mit Demokratisierung oder Verbreitung erneuerbarer Energien zum Umweltschutz begründet wurden, als Soft Path-Frame.



Abbildung 50: Grafik aus der Zeitung Tokyo Shinbun. Die beiden Bürger unten tragen die Kosten mit der Beschriftung „Stromgebühren“ (in Weiß auf roter Schrift). Oben links sind die havarierten Reaktoren von Fukushima 1 und rechts andere Atomkraftwerke abgebildet (<http://www.tokyo-np.co.jp/article/economics/list/201612/CK2016121702000152.html>).

7.4. Fazit: Frames und Felder

Im ersten Teil der Arbeit (Kapitel 2 bis 4) wurde die historisch entstandene Struktur der am Atomkonflikt beteiligten Felder und ihre Position im Feld der Macht rekonstruiert. Im zweiten Teil (Kapitel 5 bis 7) wurde gezeigt, wie sich diese Struktur auch in den Wahrnehmungs- und Präsentationsschemata der beteiligten Akteure niederschlägt. Die Stärke des „Fortschrittsframes“ und seine tiefe institutionelle Verankerung lassen sich nicht ohne die materiellen Bedingungen der Felder kultureller Produktion erklären (Bourdieu 1999). Die Kombination von Frame-Analyse und Feldanalyse stellt den Versuch dar, ideengeschichtliche Ansätze mit der Analyse politischer Praxis zu verbinden.

Diese Perspektive zeigt einerseits universelle Elemente im Framing der Atomkraft, andererseits aber auch Aspekte, die Ausdruck einer spezifischen institutionellen Konstellation sind. Modernisierung ist die stärkste kulturelle Legitimation des Entwicklungsstaats (*developmental state*; Johnson 1982). Kern des Modells ist ein starker Staat, der die verschiedenen ge-

sellschaftlichen Felder für die Erreichung von nationalen Entwicklungszielen (*kokusaku*) koordiniert²⁰². Die Diskussion über den Entwicklungsstaat drehte sich vor allem um die ökonomische Dimension des japanischen Modells. Die Kontinuität zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsvisionen von Wissenschaft und Technologie²⁰³, die außerordentliche Begeisterung für die Atomkraft und auch der enge Zusammenhang zwischen Nationalismus, Fortschritt und Erziehung weisen darauf hin, dass sich die „Entwicklung“ im Entwicklungsstaat nicht auf ökonomische Kategorien wie Wachstum reduzieren lässt.

Das Heimatministerium (*Naimushō*), das Johnson (1999: 51) als das Zentrum des Entwicklungsstaates der Vorkriegszeit bezeichnet, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Japan mit den Methoden der Wissenschaft und Technologie zu modernisieren und die eigenen Bürger zu zivilisieren. Dies zeigt sich in der Prominenz des „Erziehungsframes“. Der Begriff Volksniveau (*mindō*²⁰⁴) drückt die zentrale Idee aus, dass die Bevölkerung auf eine höhere Stufe der Zivilisation gehoben werden muss. Die Theorie der Bürgererziehung (*minryoku yōseiron*) und der Modernisierung der Bürger (*kokumin no kindai*) wurde von Bürokraten des Heimatministeriums als Kern ihrer Mission gesehen. Mit dieser Modernisierung einher ging allerdings die Ablehnung von Pluralität und vor allem von Konflikten. Die „neue Ordnung“ der 1930er Jahre basierte auf der Idee der Einheitlichkeit des „richtigen Wissens“ und führte zur Zerstörung des Parteiensystems²⁰⁵. Die Ablehnung von widerstreitenden Meinungen bildet ein Grundprinzip des „Erziehungsframes“. Kapitel 3 und 4 haben gezeigt, dass „Fortschritts“- und „Erziehungsframe“ durch eine beträchtliche institutionelle Infrastruktur reproduziert werden. Diese wird allerdings erst sichtbar, wenn man auch die unteren, halbstaatlichen Ebenen der Machtstruktur mit ihren gemeinnützigen Stiftungen wie JAERO, JAIF und JPC einbezieht und in Beziehung zu den Dynamiken der jeweiligen Felder setzt, in denen sie agieren.

202 Johnson vergleicht das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Entwicklungsstaat mit dem Bau der Atombombe im Manhattan-Projekt der USA im Zweiten Weltkrieg. In diesem Projekt hätten die USA eine ähnliche staatliche Kontrolle erreicht.

203 *Kagaku gijutsu* wird in Japan als feststehende Phrase zusammen verwendet.

204 Ein gängiger Begriff in Japan, häufig benutzt in selbstkritischer Manier, z.B.: „Das Volksniveau der Japaner ist niedrig“ (*Nihon ha mindo ga hikui*).

205 Die lokalen Zellen der Bürokraten des Heimatministeriums zerstörten die regionale Basis der Parteien der Vorkriegszeit (Akazawa 1985).

Hashimoto Seinosuke, der Gründer von JAIF und JAERO, und Inaba Hidezō, Vordenker bei der Rekrutierung der „Atompromis“ und der Organisation der Atomindustrie in „Bürgergruppen“ durch das JPC, waren beteiligt an vom Heimatministerium aufgebauten halbstaatlichen Bürgergruppen in den 1930er Jahren. Diese dienten der Organisation, Modernisierung und Zivilisierung der Bevölkerung. Die personelle Kontinuität zwischen dem Heimatministerium und den Nachkriegsinstitutionen zur Förderung von Wissenschaft und Technologie hilft auch die Prominenz des Regionalentwicklungsframes bei den Befürwortern der Atomkraft zu verstehen. Schließlich waren die ländlichen Gebiete der zentrale Raum, wo das Heimatministerium die rückständige Bevölkerung „erzog“. Das Heimatministerium baute viele Bürgergruppen in den ländlichen Gebieten auf, um dort seine Erziehungskampagnen durchzuführen (Akazawa 1985, Banshō 2010, Pyle 1973)²⁰⁶. Modernisierung, Erziehung und Regionalentwicklung bilden bis heute einen wichtigen Teil der diskursiven Landschaft, in welcher die Atomkraftdebatte in Japan ausgetragen wird.

Die relative Schwäche von „Runaway“- und „Soft-Path-Framing“ bis in die 1980er Jahre zeigt auch das Dilemma von Zivilisationskritik im auf Zivilisierung ausgerichteten Entwicklungsstaat. Auch die kritischen Intellektuellen der 1960er Jahre zogen als Lehre aus den Erfahrungen der Kriegszeit nicht die Kritik an der Modernisierung, sondern vielmehr den Ruf nach der vollständigen Modernisierung Japans. Liberale wie Marxisten der 1950er und 1960er Jahre sahen das Aufkommen des Militarismus der Kriegszeit vor allem als Ausdruck einer nicht vollständig in der Moderne angekommenen Gesellschaft und hartnäckig resistenter feudaler Elemente (Amemiya 1997, Maruyama 1956). Diese Begründung von Widerstand lässt sich schwer mit der Zivilisationskritik, die in der Anti-Atomkraftbewegung eine große Rolle spielt (vgl. Radkau 2011), vereinen. Lock (1997) betrachtet die Debatte zur Herztransplantation in Japan und kommt zu dem Schluss, dass sich dort Technologiekritik sehr viel schwieriger rechtfertigen lässt als beispielsweise in den USA:

„Those who are uncomfortable about an unbridled invasion of biomedical technology into the cultural order have to struggle very hard, (...) to find a suitable language with which to articulate their discomfort. Criticizing a ‘western,’ ‘scientific,’ technological approach to nature makes one vulnera-

206 Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die lokalen Bürgermeister und Gouverneure der Präfekturen vom Heimatministerium entsendet (vgl. Katsuta 2002).

ble to accusations about supporting Japanese essentialism and anti-rationalism. Equally difficult to voice is criticism of the epistemological grounds on which a scientific determination of death is constructed – this too smacks of anti-rationalism“ (Lock 1997: 132-133).

Gleiches lässt sich über die Kritik an der Atomkraft sagen. Die Stärke der Anti-Atomkraftbewegung nach dem Unfall von Tschernobyl und die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen zur Akzeptanz der Atomkraft in der Bevölkerung (wie der Aufbau „pronuklearer Bürgergruppen“) relativiert diese kulturelle Argumentation allerdings. Letztlich wird Kultur durch Diskurs und Praxis ständig neu konstruiert und es lässt sich vermuten, dass ohne die präventiven Maßnahmen der Atomindustrie die Anti-Atomkraftbewegung in Japan erfolgreicher gewesen wäre. Die Frames der globalen Anti-Atomkraftbewegung finden sich in ähnlicher Form auch in Japan. Sie wurden von Aktivisten und Intellektuellen aufgenommen und teilweise angepasst. Elemente wie Lebensschutz und die Betonung der Mutterschaft zeigen einige Parallelen zur frühen Anti-Atomkraftbewegung in Europa (Radkau 2011). Daraus eine Art Verzögerung oder Rückständigkeit (entsprechend der These der verfehlten oder verspäteten Modernisierung) zu interpretieren, scheint mir allerdings nicht berechtigt. In anderen Bereichen haben die japanischen Aktivisten Begriffe geprägt, die durchaus Kreativität und Innovationspotential zeigen (z.B. Takagis Metapher der „Wohnung ohne Klo“).

Als spezifische japanische Charakteristika der Naturschutz- und Umweltbewegung werden der Fokus auf menschliche Opfer (Avenell 2011, Radkau 2011) und die Einheit von Natur und Kultur (das Fehlen eines Ideals der wilden Natur; stattdessen eine kulturalisierte Natur als natürliches Sein; Vollmer 2006²⁰⁷) gesehen. Ob sich dies in den Frames der Atomkraftgegner zeigt, ist nicht leicht zu beantworten. Einiges spricht dafür, dass die relative Schwäche des „Soft-Path-Frames“ bei den Atomkraftgegnern (zumindest bis 1986) und seine spezifische Ausprägung auch weiter zurückgehende, kulturelle Gründe haben. Für den Fokus auf Opfer scheint die Prominenz der Evakuierten in der Debatte nach 2011 zu sprechen. Allerdings sind Opfer generell eine zentrale emotionale Ressource bei der Mobilisierung von sozialen Bewegungen, deshalb lässt sich nicht klar sagen, ob dies wirklich Ausdruck eines substantiellen kulturellen Unterschiedes ist.

207 Das von der japanischen Regierung und Umweltschützern in Japan propagierte Satoyama-Konzept basiert auf dem Gedanken des Schutzes einer natürlichen Kulturlandschaft.

Ein interessanter Aspekt ist die Prominenz des „Umweltschutzframes“, in dem Atomkraft als saubere Energie dargestellt wird. Wie an den Werbeanzeigen von JAERO klar wird, wurde in Japan die Atomkraft nicht erst seit dem Aufkommen der Debatte um Erderwärmung und CO₂-Ausstoß Ende der 1980er Jahre als umweltfreundlich beworben. Die Stromversorger und die Verwaltung reagierten bereits in den 1970er Jahren aktiv auf die starke Umweltbewegung der späten 1960er und beginnenden 1970er Jahre. Die Stromversorger und die Verwaltung hatten die Gefahr erkannt, dass die Atomkraft in den Sog der Umweltprobleme geraten könnte, und trafen gezielte Maßnahmen, um dem entgegenzuwirken. Teile des „Soft-Path-Framings“ bei Gamson und Modigliani wie der Ruf nach Energiesparen, die etwa in Amerika als Argument gegen die Atomkraft populär gemacht wurden, sind in Japan zum essentiellen Teil des „Umweltschutz-Frames“ geworden, der durch die Stromversorger verbreitet wird. Ein Großteil der Anstrengungen der Atomkraftbefürworter richtete sich besonders seit den 1990er Jahren darauf, die Umweltproblematik von der Atomfrage abzukoppeln (vgl. dazu auch Kapitel 9 bis 11).

Veränderungen nach 2011

Die Argumentationen und Metaphern der politischen Akteure zeigen, dass sich durch den Unfall von Fukushima weitreichende Veränderungen im Framing der Atomkraft eingestellt haben. Die wichtigste Veränderung ist die Verstärkung der negativen Frames „Accountability“, „Runaway“ und „Soft Path“. Die schiere Zahl der „Accountability“-Bücher gibt einen Einblick in das Ausmaß der Umwälzungen. Mit der Zunahme des „Accountability-Framings“ geht der Verlust von Vertrauen in die beteiligten Akteure („das nukleare Dorf“) einher. Der in Umfragen festgestellte Verlust von Vertrauen in Wissenschaftler zeigt die Stärke des Imageverlusts der Atomkraft (vgl. oben). Die Trennung von friedlicher Nutzung von Atomkraft und Atomwaffen bei den klassischen sozialen Bewegungen (der Anti-Atomwaffenbewegung) und der Kommunistischen Partei scheint durch den Atomunfall aufgehoben worden zu sein. Viele Akteure der Anti-Atomkraftbewegung gingen also von einem „Fortschrittsframing“ zu einem „Runaway-Framing“ über.

Das Auftreten von Opfern der zivilen Nutzung der Atomkraft und die Aufnahme der Atompolitik als ein zentrales Umweltproblem durch NPOs wie WWF und Kikō Net ist ebenfalls eine wichtige Veränderung. Diese Gruppen benutzen jetzt häufig „Soft-Path“- und „Runaway-Frames“. Um-

weltverschmutzung und Atomkraft werden bei diesen Gruppen nicht mehr getrennt betrachtet. Cassegard (2017) betont, dass das gemeinsame Ziel von erneuerbaren Energien sehr wichtig sei, um die alte Anti-Atomkraftbewegung und die Gruppen aus dem Bereich Klimaschutz, die vorher nicht im Protest gegen Atomkraft engagiert waren, zu verbinden. Auch scheinen sich unter dem Eindruck des Unfalls die Zweifel an der Kosteneffizienz der Atomkraft gesellschaftlich stärker verbreitet zu haben. Dies ist unter anderem daran zu sehen, dass nach dem Unfall die Liberalisierung des Strommarktes ohne großen offenen Widerstand beschlossen wurde und die umstrittene Verbuchungspraxis der Forschungs- und Entwicklungskosten schnell geändert wurde.

Bei den Atomkraftbefürwortern lässt sich eine relativ starke Kontinuität im Framing feststellen. Dies liegt wohl auch daran, dass Unterstützungsmechanismen wie z.B. das Netzwerk an NPOs, mit denen die Atomindustrie ihre Sprecher unterstützt und aufbaut, weiterbestehen. Dennoch haben sich auch bei den Atomkraftbefürwortern die Akzente verschoben. Blumige Beschreibungen der regionalen Entwicklung durch Atomkraft sind nur noch selten anzutreffen. Diese sind den Erfolgsgeschichten vom Wiederaufbau gewichen.

Es findet zwischen Atomkraftbefürwortern und Gegnern ein Tauziehen um die symbolträchtigen Opfer des Atomunfalls statt. Dies sind in erster Linie die ca. 160 000 Menschen, die wegen des Atomunfalls evakuiert wurden oder freiwillig flohen (die Zahl derer, die nicht zurückgekehrt sind, lag 2017 noch bei 90 000; Nihon Keizai Shinbun 2016). Die Flüchtlinge, der zerstörte Reaktor und die verlassen Landschaften, die der Atomunfall hinterlassen hat, sind ein starkes Symbol für die Unkontrollierbarkeit der Atomkraft. Die Befürworter haben mit dem Erziehungsframe und der Herausstellung der „schädlichen Gerüchte“ als Hauptproblem einen effektiven Counterframe geschaffen. Wie schon vor dem Unfall stellen sie die einfachen Leute vom Land, die Techniker im Kraftwerk und die Bewohner der ländlichen Gebiete als Helden in den Mittelpunkt ihres Framings. Die Frage nach den Schuldigen hängt mit der Frage nach den Opfern eng zusammen. Premierminister Kan und die DPJ sind für die Atomkraftbefürworter die ausgemachten Schuldigen. Für sie liegt das Problem vor allem in der Inkompetenz von Kan und seiner Partei. Die „Helden vor Ort“ kämpfen in ihrer Darstellung gegen die inkompetenten und selbstgerechten DPJ-Leute in Tokyo. Kan und seine DPJ gerieten in gewisser Weise zwischen die Fronten. Auch von vielen Atomkraftgegnern wurde seine Handhabung des Unfalls negativ bewertet. Bei den Atomkraftgegnern war die Kritik allerdings anders motiviert. Sie kritisierten, dass die Regierung das

Ausmaß des Unfalls und die Gefährdung durch Strahlung verharmlost habe. Kan, der sich zwar relativ eindeutig gegen TEPCO positionierte, aber in seiner Partei schon vor dem Unfall isoliert dastand und auf die Stimmen des pronuklearen konservativen Teils der Gewerkschaften angewiesen war, wurde neben TEPCO in der öffentlichen Diskussion der Hauptteil der Schuld am Unglück zugewiesen (vgl. Kapitel 8 bis 11).

Die Veränderungen nach dem Unfall und auch das Framing der beteiligten Felder im Verlauf des Atomstreits können ihre Wirkung nur über die Vermittlung des journalistischen Feldes entfalten. Journalisten bestimmen, welche Frames sie von welchen Fraktionen innerhalb eines Feldes aufnehmen. Nachdem die ersten beiden Teile der Arbeit vor allem der Rekonstruktion des Verhältnisses zwischen journalistischem Feld und den angrenzenden Feldern gewidmet waren, wird im dritten Teil der Arbeit untersucht, wie der Atomstreit innerhalb des journalistischen Feldes ausgetragen wurde. In Kapitel 8 werden zunächst generelle Trends aus einer Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Atomkraft dargestellt. In Kapitel 9.1 werden mit qualitativen Interviews Habitus und Framing der beteiligten Journalisten rekonstruiert, um eine Typologie von „Atomkraftjournalisten“ zu erstellen, und es wird ein Modell der japanischen Atomkraftberichterstattung skizziert. Danach werden von Kapitel 9.2 bis 11 die Interviews im Detail vorgestellt und mit Daten zu den drei untersuchten Zeitungsunternehmen kombiniert, um das entworfene Modell zu belegen und auszuformulieren.